

Rolf Badstübner
Code „Terminal“

Die Potsdamer Konferenz



Wie die „Berliner Konferenz“ nach Potsdam kam



Am 30. Mai 1945 erhielt der sowjetische Botschafter in den USA, A. A. Gromyko, ein Telegramm, dessen Dechiffrierung folgenden Wortlaut ergab: „Persönlich und geheim von Premier J. W. Stalin an den Präsidenten, Herrn H. Truman. Herr Hopkins hat mir heute Ihren Vorschlag für ein Dreiertreffen übermittelt. Ich habe nichts gegen den von Ihnen vorgeschlagenen Termin für diese Zusammenkunft, 15. Juli, einzu-

„Bald darauf“, erinnerte sich Marschall Shukow, „trafen bei uns Generale des Staatssicherheitsdienstes und Mitarbeiter des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten ein, um die Konferenz vorzubereiten. Ich erklärte ihnen, daß Berlin keine geeigneten Voraussetzungen für

eine Gipfelkonferenz habe. Ich schlug ihnen vor, sich Potsdam und Babelsberg anzusehen.“ Die Suche nach geeigneten Räumen und Bedingungen für „Terminal“ endete schließlich im Neuen Garten in Potsdam. Cecilienhof, die Residenz des ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern, im März 1945 von der kronprinzlichen Familie verlassen, hatte den Krieg unbeschädigt überstanden. Das kostbare Inventar war allerdings ausgelagert worden und zum Teil in alle Winde verstreut. Cecilienhof verfügte nicht nur über genügend Räume, sondern vor allem über eine große Empfangshalle, die als Sitzungssaal geeignet erschien. Das nahegelegene Babelsberg, ein Villenvorort Berlins, bot Unterkunstmöglichkeiten für die Delegationen. Sie konnten von hier aus Cecilienhof auf der Allee



*Berlin 1945 . . .
erwies sich als kein geeigneter
Tagungsort für „Terminal“.*

wenden.“ Am 2. Juni ging J. W. Stalin über den Botschafter der USA, Averell W. Harriman, die Mitteilung Harry S. Trumans zu: „Ich habe Premierminister Churchill informiert, daß Sie und ich einverstanden sind, ungefähr am 15. Juli in der Umgebung Berlins zusammenzutreffen.“

Damit war beschlossen, daß die nächste und zugleich letzte der Kriegskonferenzen der „Großen Drei“ in Berlin oder seiner Umgebung stattfinden sollte. Diese „Berliner Konferenz“ erhielt den Code „Terminal“, Endstation.



nach Glienicke und über eine Pontonbrücke, die die zerstörte Glienicker Brücke behelfsmäßig ersetzte, direkt und ohne die schwer zerstörte Potsdamer Innenstadt durchqueren zu müssen, mit dem Auto in etwa zehn Minuten erreichen.

Nach Zustimmung Moskaus, Washingtons und Londons für Cecilienhof bzw. Potsdam-Babelsberg als Konferenzort begannen zügig intensive Vorbereitungen, bei denen vor allem die Rückwärtigen Dienste unter Leitung von Generalleutnant N. A. Antipenko eine große Arbeit zu leisten hatten. 6 Kilometer neue Asphaltstraßen entstanden. 15 Kilometer alte Straßen wurden

überholt, Wasserversorgung, Kanalisation und Energienetz instand gesetzt, Cecilienhof wurde restauriert und mit neuem Mobiliar ausgestattet. Die Arbeits- und

Empfangsräume der Delegationen wurden gemäß ihren Wünschen möbliert und eingerichtet. Im Neuen Garten pflanzte man Bäume, legte Beete an. Im



Schloß Cecilienhof (Haupteingang)



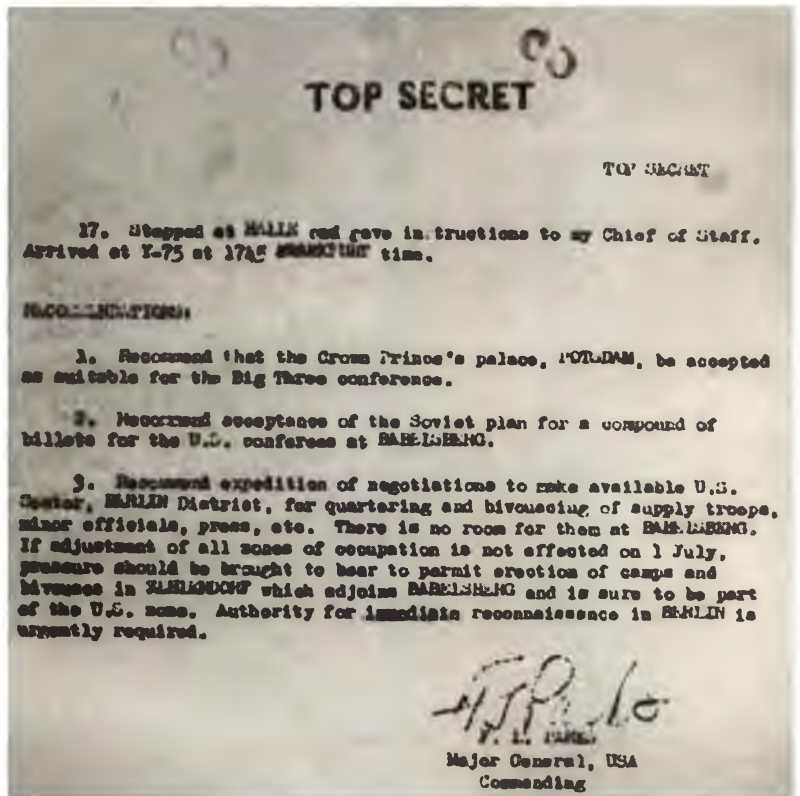


Prof. Dr. J. F. Ludschuweit (1. Reihe, 3. von links) 1946 vor Schloß Sanssouci. Er trug als Beauftragter des sowjetischen Oberkommandos dafür Sorge, daß die Kulturdenkmäler in Sanssouci und im Neuen Garten von den Kampfhandlungen verschont und erhalten blieben.

Schloßhof von Cecilienhof entstand aus Tausenden Geranien ein roter Stern. 1200 deutsche Arbeiter, Ingenieure und Techniker waren an den Arbeiten beteiligt. Für den Sitzungssaal fehlte ein großer runder Konferenztisch. Da ein geeigneter an Ort und Stelle nicht zu beschaffen war, fertigte die Moskauer Möbelfirma LUX einen an. Er hatte einen Durchmesser von 6,80 Meter, erwies sich damit allerdings als zu groß und mußte verkleinert werden.

Am 22. und 23. Juni weilte der mit der Vorbereitung von „Terminal“ vom Oberbefehlshaber der westalliierten Truppen in Europa, Dwight D. Eisenhower, beauftragte General Floyd H. Parks in Berlin und Potsdam. Er inspezierte Cecilienhof und den für die USA-Delegation in Babelsberg vorgesehenen Unterkunftssektor, der etwa 70 Villen umfaßte. Die Truman-Administration entschied sich jedoch schließlich statt der ursprünglich genannten Zahl von 150 für 400 bis 450 Personen und etwa 1000 Soldaten für Ver-

im amerikanischen bzw. britischen Verwaltungssektor Berlins untergebracht werden. Noch standen diese Verwaltungssektoren aber lediglich auf dem Papier. Dem Einzug der Westmächte in das in der sowjetischen Besatzungszone gelegene Berlin, das als Sitz des Alliierten Kontrollrats unter Kontrolle einer Internationalen Kommandantur gestellt werden sollte, stand noch eine „Kleinigkeit“ im Wege, wie die Oberbefehlshaber der westlichen Besatzungstruppen erkennen mußten, nachdem sie gemeinsam mit Marshall Shukow am 5. Juni 1945 in Berlin eine „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands . . .“ unterzeichnet



sorgung, Instandhaltung, Nachrichten, Ordnungsdienst und Bewachung. Dafür reichte der für die Konferenz vorgesehene amerikanische Sektor in Babelsberg kaum aus. Ähnlich lagen die Dinge hinsichtlich der Unterbringung der etwa 260 Personen umfassenden britischen Abordnung. Ein großer Teil des anglo-amerikanischen Personals mußte daher

Schlußteil des Berichts von Generalmajor Parks mit der Empfehlung, den vorgesehenen Konferenzort zu akzeptieren

hatten. „Nach Unterzeichnung der Erklärung“, erinnerte sich G. K. Shukow, „sagte mir Montgomery: ‚Herr Marschall, wir haben beschlossen, in den nächsten Tagen unseren Sektor in Berlin zu beziehen . . .“



In diesem Zusammenhang möchte ich mit Ihnen jetzt die Festlegung der Verbindungswege vereinbaren, auf denen unser Personal nach Berlin gelangen wird.' – ‚Bevor wir die Frage der Verbindungswege, über die britische und amerikanische Truppen nach Berlin kommen sollen, entscheiden, müssen alle Truppen der Alliierten in den Räumen in Deutschland stationiert werden, die durch die Beschlüsse der Krimkonferenz vereinbart worden sind‘, entgegnete ich. ‚Erst dann werden wir die mit dem Durchgang alliierter Truppen nach Berlin und der Unterbringung von alliierter Personal in Berlin selbst zusammenhängenden praktischen Fragen prüfen . . .‘“

Vom 1. bis 4. Juli zogen sich die anglo-amerikanischen Truppen in Deutschland auf ihre Besatzungszonen zurück, wobei sie eine beträchtliche „Kriegsbeute“ mitnahmen: materielle Werte, Patente, Unterlagen und im Rahmen ihrer Aktion „Paperclip“ vor allem auch Techniker und Wissenschaftler. Am 4. Juli erreichte eine erste amerikanische Vorausabteilung Berlin. Die Interalliierte Kommandantur nahm am 11. Juli in Berlin-Dahlem ihre Tätigkeit auf. Damit war eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung der Potsdamer Konferenz gegeben. Insgesamt verliefen die Vorbereitungsarbeiten termin- und plangemäß. Für die Konferenz wurden gute äußere und organisatorische Bedingungen geschaffen. Entscheidend für einen Erfolg von „Terminal“ wa-

Eingang zur Interalliierten Kommandantur, Berlin-Dahlem

Auf einer Beratung der Interalliierten Kommandantur Berlin (von links nach rechts): Generalmajor Parks (USA), Generaloberst Gorbatow (UdSSR), Generalmajor Lyne (Großbritannien) und Brigadegeneral de Beauchesne (Frankreich)

Jalta (Februar 1945): Churchill, Roosevelt, Stalin (von links nach rechts)

ren aber natürlich nicht die äußeren Bedingungen. Ausschlaggebend war vielmehr, ob es den „Großen Drei“ gelingen würde, sich über zweifellos bestehende Gegensätze, unterschiedliche Anschauungen und Interessen hinweg zu verständigen, wie es die friedliebenden Völker der ganzen Welt erwarteten.

Der Grundstein dafür war mit der Krimdeklaration und anderen gemeinsamen Vereinbarungen gelegt worden. In der Krimdeklaration hatten sich die „Großen Drei“ faktisch selbst den Auftrag erteilt, von dem sie sich in bezug auf „Terminal“ leiten lassen wollten: „Unsere Zusammenarbeit auf der Krim hat unseren gemeinsamen Entschluß von neuem bekräftigt, die Einheitlichkeit der Ziele und Handlungen, welche den Vereinten Nationen den Sieg in diesem Krieg ermöglicht und gesichert hat, in der kommenden Friedenszeit aufrechtzuerhalten und zu stärken . . . Nur durch fortlaufende und wachsende Zusammenarbeit und Verständigung unter unseren drei Ländern und unter allen friedliebenden Nationen kann die höchste Bestrebung der Menschheit verwirklicht werden, nämlich ein sicherer und dauerhafter Friede . . .“ Es gab Anzeichen, daß es nicht leicht sein würde, „Terminal“ in Ausführung und Fortsetzung der Beschlüsse der Krimkonferenz vom Februar 1945 zu einem Erfolg zu führen. Die herrschenden Kreise der USA sowie Großbritanniens und Frankreichs strebten gegen Kriegsende immer offener danach, ihre imperialistischen Herrschafts- und Einflußsphären rücksichtslos auszudehnen, den Völkern ihr Recht auf nationale und soziale Selbstbestimmung, zu deren Anwalt sich die sozialistische Sowjetunion machte, zu verweigern. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten der Antihitlerkoalition hatten sich im Frühjahr 1945 vermehrt und zugespitzt. Das zeigte sich auch in den Beziehungen der westlichen Alliierten zueinander. Der USA-Imperialismus suchte aus dem

Niedergang des britischen Imperiums Vorteile zu ziehen und trachtete zusammen mit dem britischen Imperialismus danach, die Schwäche Frankreichs auszunutzen. Zu seinem großen Ärger wurde de Gaulle nicht zu „Terminal“ eingeladen, obwohl Frankreich inzwischen Besatzungsmacht in Deutschland geworden war. Vor allem aber traten im Frühjahr und Sommer 1945 die beiden unterschiedlichen Klassenlinien in der Antihitlerkoalition – die mit dem Kampf der Völker verbundene sozialistische und die imperialistische – immer deutlicher hervor. Bei der unvermeidlichen Auseinandersetzung zwi-

schen beiden über die Gestaltung der Welt war es nicht unwesentlich, in welchen Formen, mit welchen Mitteln und auf welcher Grundlage diese geführt wurde: im Rahmen der vereinbarten Kooperation mit politisch-ideologischen und diplomatischen Mitteln, bei Respektierung gegenseitiger Interessen, oder in feindseliger Konfrontation des Imperialismus mit der Sowjetunion und den ihre Zukunft fortschrittlich gestaltenden Völkern, durch die Androhung oder gar den Einsatz von militärischer Gewalt.

Begegnung sowjetischer und amerikanischer Truppen bei Torgau an der Elbe am 25. April 1945



Im Salonwagen Moskau-Potsdam: Stalin



Es war am frühen Morgen des 15. Juli, einige Dutzend Kilometer vor Moskau. Auf einem selten befahrenen Gleis stand, streng bewacht, ein Zug: drei Salonwagen und acht Reiseschlafwagen. Kurz nach sechs Uhr traf eine Autokolonne ein. Den Wagen entstieg Funktionäre des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, in hellgrünen Uniformen oder in Zivil, sowie Funker, Sekretäre, Schreibkräfte, Chiffreure – insgesamt etwa 50 Personen, die einen Berg von Gepäck mitführten: außer persönlichem Reisegepäck vor allem Aktenmaterial der verschiedensten Art. Um 7 Uhr tauchten zwei weitere, große schwarze Limousinen auf. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, W. M. Molotow, war mit zwei persönlichen Begleitern eingetroffen. Eine halbe Stunde später näherten sich in schneller Fahrt drei Wagen. Die vordere Limousine fuhr bis dicht an den Zug heran, ein Offizier sprang heraus und riß die hintere Tür auf. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, J. W. Stalin, 65jährig, von nicht allzugroßer Statur, in weißem Uniformrock mit den neuen Marschallschulterstücken, entstieg dem Wagen. Ohne Umschweife schritt er, nach kurzem Wortwechsel mit den Wartenden, auf einen Salonwagen zu und bestieg ihn, wobei sein Adjutant leichte Hilfestellung leistete. Auf dringendes Anraten seiner Ärzte hatte Stalin die Abreise aus Moskau um zwei Tage verschoben. Der Konferenzbeginn würde sich dadurch verzögern, Truman und

30. April 1945: Sowjetische Soldaten hissen auf dem Reichstagsgebäude die rote Fahne.



Churchill würden auf ihn warten müssen. Aber was bedeutete das schon, verglichen mit der Wartezeit, die die Westmächte der Sowjetunion hinsichtlich der Eröffnung der zweiten Front zugemutet hatten. Im Zug befand sich eine Funkstation, die ständig besetzt war und direkten Kontakt nach Moskau und Berlin aufrechterhielt. An den Fenstern des Zuges zogen in endloser Folge Bilder grauenvoller Verheerungen, die die faschistische Aggression dem Sowjetland und anderen Ländern zugefügt hatte, vorüber. Der Weg zum Sieg in der Zitadelle des faschistischen Feindes war mit dem Blutopfer von vielen



Sowjetische Delegation

J. W. Stalin, *Vorsitzender des Rates der Volkskommisssare der UdSSR, Generalissimus*

W. M. Molotow, *Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten*

N. G. Kusnezow, *Volkskommissar Seekriegsflotte der UdSSR, Flottenadmiral*

A. I. Antonow, *Chef des Generalstabes der Roten Armee, Armeegeneral*

A. J. Wyschinski, *Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten*

S. J. Kawtaradse, *Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten*

I. M. Maiski, *Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten*

S. G. Kutscherow, *Chef des Hauptstabes der Seekriegsflotte, Admiral*

F. G. Gusew, *Botschafter der Sowjetunion in Großbritannien*

A. A. Gromyko, *Botschafter der Sowjetunion in den Vereinigten Staaten von Amerika*

K. W. Nowikow, *Mitglied des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, Leiter der 2. Europäischen Abteilung des Volkskommissariats*

S. K. Zarapkin, *Mitglied des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten*

S. P. Kosyrew, *Leiter der 1. Europäischen Abteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten*

A. A. Lawritschew, *Leiter der Abteilung Balkanstaaten des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten*

M. S. Saburow, *Berater des Oberkommandierenden der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)*

A. A. Soboljew, *Chef der Politischen Abteilung der SMAD*

S. A. Golunski, *Berater des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten*

Millionen sowjetischer Menschen getränkt: 20 Millionen Tote – ein grandioser, die historische Überlegenheit des Sozialismus beweisender, aber teuer bezahlter Sieg über den faschistischen Imperialismus. Während der Fahrt fand Stalin Gelegenheit, nochmals mit Molotow und anderen Delegationsmitgliedern die sowjetischen Ziele und Positionen durchzugehen und Fragen zu erörtern, die es auf der bevorstehenden Konferenz zu entscheiden galt bzw. die zur Debatte stehen würden. Eine Tagesordnung für „Terminal“

war nicht festgelegt worden. Doch in den Gesprächen Stalins und Molotows mit dem Sonderbotschafter Präsident Trumans, Harry Hopkins, die Ende Mai in Moskau stattgefunden hatten, waren von beiden Seiten die wichtigsten Probleme, die zweifellos Gegenstand von Verhandlungen und Vereinbarungen auf der bevorstehenden Konferenz sein würden, zur Sprache gebracht worden. Grundlegender Ausgangspunkt für „Terminal“ waren die Beschlüsse und Vereinbarungen der Konferenz von Jalta

Aus der Krimdeklaration (11. Februar 1945)

Besetzung und Kontrolle Deutschlands

Gemäß dem in gegenseitigem Einvernehmen festgelegten Plan werden die Streitkräfte der drei Mächte je eine besondere Zone Deutschlands besetzen. Der Plan sieht eine koordinierte Verwaltung und Kontrolle durch eine Zentralkontrollkommission mit Sitz in Berlin vor, die aus den Oberbefehlshabern der drei Mächte besteht.

Es ist beschlossen worden, daß Frankreich von den drei Mächten aufgefordert werden soll, eine Besatzungszone zu übernehmen und als viertes Mitglied an der Kontrollkommission teilzunehmen, falls es dies wünschen sollte. Die Grenzen der französischen Zone werden von den vier beteiligten Regierungen durch ihre Vertreter bei der Europäischen Beratenden Kommission in gegenseitigem Einvernehmen festgelegt.

Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Ein-

richtungen zu entfernen oder zu zerstören; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benutzt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen sowie eine in gleichem Umfang erfolgende Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Zerstörungen zu bewirken; die Nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten und in Übereinstimmung miteinander solche Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sind. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.

Aus der „Erklärung über das befreite Europa“ (Krimdeklaration)

Die Herstellung der Ordnung in Europa und der Wiederaufbau eines nationalen Wirtschaftslebens müssen in einer Weise zuwege gebracht werden, die es den befreiten Völkern gestattet, die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen. Der Grundsatz der Atlantik-Charta . . . ist die Rückgabe der souveränen Rechte und der Selbstverwaltung an diejenigen Völker, die dieser durch die Angriffsvölker mit Gewalt beraubt worden sind.

Zur Schaffung von Bedingungen, unter denen die befreiten Völker diese Rechte ausüben können, werden die drei Regierungen, wo immer es die Umstände ihrer Ansicht nach erfordern,

die Völker der befreiten europäischen Staaten oder der früheren europäischen Vasallenstaaten der Achse gemeinsam in folgendem unterstützen:

- a) bei der Wiederherstellung von Friedensverhältnissen;
- b) bei der Durchführung von Notmaßnahmen zwecks Unterstützung Hilfsbedürftiger;
- c) bei der Schaffung vorläufiger Regierungsgewalten, die eine umfassende Vertretung aller demokratischen Elemente der Bevölkerung darstellen und die zur baldstmöglichen Errichtung von dem Volkswillen entsprechenden Regierungen auf dem Wege freier Wahlen verpflichtet sind;
- d) nötigenfalls bei der Durchführung solcher Wahlen.

und daß die angestrebte demokratische Umgestaltung mit Konsequenz durchgeführt würde. In entscheidendem Maße kam es dabei auf die antifaschistisch-demokratischen Kräfte des deutschen Volkes selbst an. Der antifaschistische Widerstand aus den Reihen des deutschen Volkes, insbesondere der organisierte, heldenhafte Widerstandskampf der Kommunistischen Partei Deutschlands, das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, die beim Übergang vom Krieg zum Frieden in großer Zahl hervortretenden Antifa-Ausschüsse hatten

Sowjetsoldaten geben an die Berliner Bevölkerung Essen aus.

(Krim), vor allem hinsichtlich der Behandlung Deutschlands, der deutsch-polnischen Grenze, der von Deutschland zu leistenden Reparationen, sowie die Vereinbarung über den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan u. a. Was Deutschland anbetraf, so hatte man bereits seine Aufteilung in Besatzungszonen und den Kontrollmechanismus während der Periode der zeitweiligen Besetzung und Ausübung der obersten Regierungsgewalt durch die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich sowie Ziele und wichtige Prinzipien seiner Behandlung, insbesondere seine Entmilitarisierung und Entnazifizierung und demokratische Umgestaltung, in der Krimdeklaration und anderen alliierten Vereinbarungen festgelegt. Aus der Sicht der sowjetischen Regierung mußte es Aufgabe von „Terminal“ sein, das Programm der Behandlung Deutschlands für eine koordinierte Viermächtepolitik verbindlich zusammenzufassen, im einzelnen zu präzisieren und für die Arbeit des Kontrollrates praktikabel zu machen. Vor allem galt es, das Besetzungsprogramm dahin gehend zu präzisieren, daß das faschistische Herrschaftssystem radikal und in allen seinen Verzweigungen sowie monopolkapitalistischen Grundlagen beseitigt



tiefgreifende antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen und die Errichtung eines zentralen deutschen demokratischen Staates tatkräftig zu unterstützen. In diesem Sinne hatte sich Stalin bereits in einer Erklärung anlässlich des Sieges über den Hitlerfaschismus am 9. Mai 1945 geäußert und im Namen der sowjetischen Regierung indirekt imperialistische Pläne zur Zerstückelung Deutschlands und Versklavung des deutschen Volkes zurückgewiesen. Die ersten Erfolge, die nicht nur bei der Normalisierung des Lebens, sondern auch bei der Einleitung einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone im Frühjahr und Sommer 1945 erzielt wurden, rechtfertigten das Vertrauen der Sowjetunion und stärkten ihre deutschlandpolitischen Positionen in den bevorstehenden Verhandlungen. Die sowjetische Delegation war sich darüber im klaren, daß die Reparationsfrage nicht nur die komplizierteste, sondern auch eine der umstrittensten Fragen sein würde. Die Vorgespräche hier-

über hatten deutlich gemacht, daß insbesondere die USA dahintendierten, von den in Jalta getroffenen Grundsatzvereinbarungen abzurücken. Betrachtete man diese Tendenz im Zusammenhang mit der abrupten, in der

über hatten deutlich gemacht, daß insbesondere die USA dahintendierten, von den in Jalta getroffenen Grundsatzvereinbarungen abzurücken. Betrachtete man diese Tendenz im Zusammenhang mit der abrupten, in der



Vereinbarung des Zentralkomitees der Kommunistischen und des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 19. Juni fand in Berlin die erste gemeinsame Sitzung der Vertreter der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei Deutschlands statt. Als Vertreter des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei waren die Genossen Erich Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann und Otto Meier, vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei die Genossen Walter Ulbricht, Anton Ackermann, Ottomar Geschke, Hans Jendretzki und Otto Winzer anwesend. Die Aussprache war von dem festen Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien getragen. Sie verlief im Geiste gegenseitigen Vertrauens. Unter Achtung der demokratischen Grundsätze wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Es wird ein

Gemeinsamer Arbeitsauschuß

bestehend aus je fünf Vertretern der beiden Zentralstellen gebildet. Dieser Ausschuß, der ein Ausdruck der Aktionseinheit der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, stellt sich folgende Aufgaben:

1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der gemeinsam beschlossenen dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Ueberreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf sicherer Grundlage. Als Voraussetzung hierfür wird der Aufbau einer antifaschistischen, demokratisch-parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volke alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert.
2. Es sind alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen Blockes zu treffen.
3. Gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in Stadt und Land.
4. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien.
5. Gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen.

Die Vertreter beider Parteien drücken ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaues die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

Der gemeinsame Arbeitsauschuß des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands empfiehlt den Organisationen beider Parteien, in allen Bezirken, Kreisen und Orten zusammenzutreten, ebenfalls gemeinsame Arbeitsauschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten, wie das im zentralen Maßstab geschieht.

Berlin, den 19. Juni 1945.

Walter Ulbricht
Anton Ackermann
Ottomar Geschke
Hans Jendretzki
Otto Winzer

Erich Gniffke
Otto Grotewohl
Gustav Dahrendorf
Helmut Lehmann
Otto Meier



*Einsetzung der Provinzialverwaltung
Mark Brandenburg in Potsdam am
5. Juli 1945*

*Die Vorsitzenden der beiden Arbeiterpartei-
parteien, Wilhelm Pieck und
Otto Grotewohl*

Form geradezu beleidigenden Einstellung der vereinbarten amerikanischen Waffen- und Materiallieferungen an die Sowjetunion nach dem Amtsantritt Trumans und mit der sich versteifenden Haltung hinsichtlich eines vorher in Aussicht gestellten USA-Kredits für die Beschleunigung des Wiederaufbaus in der UdSSR, dann verdichtete sich der Eindruck der sowjetischen Delegation von der Grundhaltung der

USA in dieser Frage. Das war um so mehr der Fall, als die in Jalta als Verhandlungsgrundlage festgelegte Reparationssumme von 20 Milliarden Dollar, von der die Sowjetunion 50 Prozent erhalten sollte, im Vergleich zu den auf 128 Milliarden Dollar geschätzten materiellen Kriegsschäden der Sowjetunion eher ein Minimum, denn ein Maximum darstellte.

Der sowjetischen Nachkriegskonzeption lag das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Ordnung zugrunde. Die UdSSR ging davon aus, daß es wünschenswert war, die Zusammenarbeit zwischen den Großmächten der Antihitlerkoalition auch im Frieden und bei der Friedensgestaltung fortzusetzen, und strebte Verhandlungsregelungen der anstehenden Fragen an. Die Sowjetunion verlangte nichts von den Westmächten, was ihr nicht zustand, sie war bereit, deren berechnete Interessen zu respektieren und ausgewogene Kompromisse einzugehen. Doch das setzte Gegenseitigkeit voraus. Der Briefwechsel, den Stalin im Vorfeld von „Terminal“ mit Truman und Churchill geführt hatte, zeigte, daß Möglichkeiten für eine Einigung in vielen Fragen bestanden. Er hatte aber auch deutlich gemacht, daß die Westmächte hartnäckig bestrebt waren, die Ergebnisse des Krieges im nachhinein zu ihren Gunsten zu ändern. Truman und besonders Churchill hatten in diesem Briefwechsel und anderweitig die zu den imperialistischen Interessen und Plänen in völligem Widerspruch stehenden volksdemokratischen Revolutionen zum An-



Sowjetische Truppen werden bei ihrem Einzug in Bukarest am 31. August 1944 begrüßt.

Die Einwohner Sofias begrüßen am 15. September 1944 die Rote Armee.

Belgrad am 20. Oktober 1944. Gemeinsamer Einzug der Roten Armee und der jugoslawischen Befreiungsarmee

laß von Anklagen gegen die Sowjetunion wegen angeblicher Nichteinhaltung der Krimdeklaration über das befreite Europa genommen, und sie versuchten, die inneren Angelegenheiten Polens, Jugoslawiens, Rumäniens und Ungarns im konterrevolutionären Sinne zu beeinflussen. Churchill insbesondere versteifte seine antisowjetische Position immer mehr, redete allerdings Truman und Stalin gegenüber mit zwei Zungen. Stalin und Molotow blieb das alles nicht unbekannt. Sie waren auf harte Auseinandersetzungen gefaßt. Dennoch: Die Chancen für einen dauerhaften Frieden standen nicht schlecht – angesichts der internationalen Position der Sowjetunion und ihres Ansehens, der Entstehung volksdemokratischer Regierungen in einer Reihe von Ländern und der anderen antiimperialistischen Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis, angesichts der nicht zu ignorierenden Friedensforderungen der Völker. Die Westmächte waren in hohem Maße auf bereits erzielte Vereinbarungen festgelegt, sie konnten sich nicht einfach davon distanzieren und ein Scheitern der Konferenz riskieren.

Der Zug erreichte am 16. Juli Berlin und hielt gegen 11 Uhr Moskauer Zeit, die im Sommer 1945 auch hier galt, auf dem Bahnhof in Potsdam. „Ich begrüßte Stalin auf dem Bahnsteig“, erinnerte sich Shukow. „Er war gut gelaunt, ging auf die Gruppe der zum Empfang Erschienenen zu und hob zum Gruß kurz die Hand. Er ließ seinen Blick über den Bahnhofsplatz schweifen, setzte sich gemächlich in den Wagen, öffnete dann noch einmal die Tür und forderte mich auf, neben ihm Platz zu nehmen. Unterwegs erkundigte er sich, ob alles zur Eröffnung der Konferenz bereit wäre.“ Das konnte Shukow bejahen. Mit seiner Unterbringung in Babelsberg zeigte sich Stalin zufrieden. Allerdings ließ er noch einiges, in seinen Augen überflüssiges Mobiliar aus dem Hause entfernen.

Mit „Augusta“ und „Heiliger Kuh“: Truman



Der erste, der sich zur Konferenz nach Potsdam auf den Weg begeben hatte, war der seit dem 12. April 1945 amtierende Präsident der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman. Am 7. Juli 1945 stieg er gegen 6 Uhr morgens in Newport News, Virginia, aus einem Sonderzug und ging, umringt von Delegationsmitgliedern, Regierungsbeamten und Geheimdienstleuten, an Bord des schweren Kreuzers „Augusta“. Truman war, wie er es liebte, leger und leicht auffällig gekleidet: Sportmütze, gepunktete Fliege und braun-weiße Schuhe fielen ins Auge. Nach einem Frühstück stieg der Präsident mit seinem engeren Gefolge auf die Brücke der „Augusta“ und gab um 6.55 Uhr die Anweisung, in See zu stechen. An seiner Seite standen sein neuernannter Außenminister, James F. Byrnes, und Flottenadmiral William D. Leahy, Stabschef der Befehlshaber von Armee und

Flotte und militärischer Berater des Präsidenten. Der 61jährige Truman, aus Independence in Missouri, einem ehemaligen Sklavenhalterstaat, stammend, war guter Laune und fest entschlossen, die neuntägige Seereise nach Antwerpen zu genießen – trotz des auf ihn wartenden Arbeitspensums. Allerdings, wenn er an den eigentlichen Zweck dieser Reise dachte, dann machte ihn das mißmutig. „Ich würde lieber nicht gehen, aber ich muß; ein Zurück gibt es nicht mehr“, schrieb Truman am 3. Juli an seine Frau und an Tochter Mary. Denn er sah Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, und – auch wenn er es nicht eingestehen wollte – ihm fehlten noch immer ausrei-

Dreimächte-Militärposten auf der Chaussee Potsdam–Berlin



irgendwie als martialischen Asiaten vorstellte, dies entgelten lassen? Er war erleichtert, als Stalin ihm gegenüberstand und ihn höflich und zuvorkommend, mit eher leiser Stimme begrüßte und für sein Zuspätkommen zur Konferenz um Nachsicht bat. Außerdem stellte Truman mit Genugtuung fest, daß Stalin, wie er später schrieb, kleiner war als er, höchstens 1,65 Meter groß! Truman riß das Gespräch an sich und legte seine Vorstellungen über die auf der Konferenz zu behandelnden Fragen dar. Dann versicherte er Stalin ostentativ, er wolle „ebenso freundschaftliche Beziehungen aufnehmen, wie sie zwischen Generalissimus Stalin und Präsident Roosevelt bestanden“. Stalin erwiderte ernst und mit Nachdruck, „seitens der Sowjetregierung besteht die völlige Bereitschaft, gemeinsam mit den USA zu gehen“. Zusammenarbeit im Frieden wie im Kriege und getreue Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen, davon lasse sich die Sowjetregierung leiten. Zum Beweis dessen teilte Stalin mit, daß die Sowjetunion Mitte August zum Kriegseintritt gegen Japan bereit sei. Truman fühlte sich in die Enge getrieben. Stalin zwang ihn, in einer entscheidenden Frage zu einem Zeitpunkt Farbe zu bekennen, da ihm nichts anderes übrigblieb, als die sowjetische Bereitschaft dankbar zu begrüßen und damit die getroffenen Abmachungen zu bekräftigen. Truman hatte einen argen Dämpfer erhalten, und das vor Zeugen. Ihm schien, daß ihn Byrnes, der sowieso glaubte, alles besser zu wis-

sen als er, spöttisch ansah. Das Gespräch näherte sich dem Ende, und Stalin schickte sich an aufzubrechen. Truman forderte ihn auf, zum Lunch zu bleiben. Stalin lehnte höflich ab. Es sei nicht möglich. „Wenn Sie nur wollen,

können Sie“, beharrte Truman taktlos und setzte damit seinen Willen durch. Das verbuchte er seinerseits als Erfolg. Triumphierend blickte er Byrnes an. Nach dem Essen stellte man sich vor dem Haus den Fotografen.



Nach dem gemeinsamen Essen am 17. Juli auf dem Balkon des „Kleinen Weißen Hauses“ (von rechts nach links): Molotow, Stalin, Bohlen (im Hintergrund), Truman, Gromyko (verdeckt), Byrnes und General Wlassak

Stalin und Truman nach dem Essen am 17. Juli im Garten des „Kleinen Weißen Hauses“ (hinter Truman links Bohlen, rechts Gromyko)

Turbulenter Auftakt



17. Juli nachmittags. Der große Augenblick war nahe. Cecilienhof rückte in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Fotoreporter und Kameralente umlagerten das Schloß. Journalisten waren nicht zugelassen. Weder Pressemitteilungen noch Interviews während der Konferenz – darauf hatten sich die „Großen Drei“ geeinigt.

Die Bildreporter vor Beginn der Konferenz am 17. Juli nachmittags (vor dem Eingang und im Plenarsaal)



17 Uhr: Die drei Türen zum Konferenzraum wurden gleichzeitig geöffnet. Stalin, Truman und Churchill betraten mit ihrem Gefolge den Raum. Blitzlichter und surrende Kameras – 10 Minuten lang, dann drängte man die Bildreporter ohne Nachsicht hinaus. Sie mußten die dreifache Sicherheitszone verlassen. 17.10 Uhr Moskauer Zeit begann „Terminal“. Die Delegationen hatten am runden, rotbespannten Verhandlungstisch, auf dem in einem Ständer kleine Flaggen der drei Staaten standen, Platz genommen: Stalin, Truman und Churchill in den für sie bestimmten Armsesseln. Es durfte geraucht werden. Stalins Zigaretten- und Churchills Zigarrenrauch begannen den Raum zu durchziehen. Es war ein warmer Sommertag. Durch die offenen Fenster drangen Mücken in den Raum, die sich als lästig erwiesen. Stalin schlug vor, Truman den Vorsitz zu übertragen. Churchill nickte zustimmend. Truman: „Ich übernehme den Vorsitz dieser Konferenz.“ Zum Befremden seiner Verhandlungspartner und auch seines eigenen Außenministers begann Truman, ohne ein Wort der Begrüßung, des Dankes und der Einführung, sofort auf forschende Weise mit dem Versuch, die vorher nicht festgelegte Tagesordnung von „Terminal“ zu bestimmen und den amerikanischen Standpunkt zu den aufgeworfenen Fragen darzulegen, Memoranden vorzulesen usw. usf. Er schlug die Bildung eines Rates der Außenminister vor, der Friedensverträge und Friedensverhandlungen vorbereiten sollte, erläuterte einen amerikanischen Entwurf über Grundsätze für die Arbeit des Alliierten Kontrollrates in Deutschland und verlas dann den Inhalt eines Memorandums der USA, in dem, ohne die Sowjetunion direkt zu nennen, diese der Nichterfüllung verschiedener Punkte der Jaltadeklaration über das befreite Europa beschuldigt wurde. Truman forderte politische Veränderungen gemäß den westlichen Vorstellungen, wobei er Bulgarien und Rumänien na-



Stalin passiert das Tor zum Innenhof von Cecilienhof auf dem Wege zu einer Plenarsitzung (von links nach rechts: Stalin, Golunski, General Wlassek).

Stalin am Eingang des Schlosses

mentlich nannte, und verlangte andererseits die bevorzugte Behandlung Italiens bei der Friedensregelung und dessen Aufnahme in die UNO. „Mr. President“ war nicht zu bremsen. Unruhe verbreitete sich im Saal. So

sehr Churchill die Attacke Trumans bezüglich der Jaltadeklaration behagte, so mißfiel ihm gleichzeitig dessen anmaßendes Vorgehen. Churchill fühlte sich veranlaßt, Truman in die Schranken zu weisen – zunächst ohne Erfolg. Schließlich versuchte auch Byrnes seinem Präsidenten etwas verständlich zu machen. Truman stutzte, er besann sich, seine Rede riß ab. Etwas verlegen holte er nun endlich nach, was er zu Beginn vergessen hatte: Worte der

Ausschnitt aus einer Plenarsitzung. Von links unten nach links oben: Davies, Bohlen, Truman, Byrnes, Admiral Leahy, Gromyko; 2. Reihe, von links nach rechts: Maiski, Admiral Kutscherow, Gusew

Begrüßung, des Dankes, des Gedenkens an Roosevelt und der Hoffnung, daß es auch ihm, wie vorher Roosevelt, vergönnt sei, die freundschaftlichen Bande zu festigen. Die Konferenz gelangte in geordnete Bahnen. Churchill schlug vor, daß nach Truman auch von Stalin und ihm Tagesordnungsvorschläge genannt werden sollten, die dann sämtlich den Außenministern zu übergeben seien. Diese sollten ein Gesamtprogramm und eine Tagesordnung für jeden Konferenztage zusammenstellen. Churchill hob Probleme Polens hervor, die seiner Meinung nach dringlich behandelt werden müßten. Stalin nannte folgende Tagesordnungspunkte: Aufteilung der deutschen Flotte; Reparationen; die polnische Frage und die Frage der Behandlung der ehemaligen Vasallen Nazideutschlands; die Frage von Treuhandgebieten; Franco-Spanien; die Tanager-Frage; Syrien und Libanon. Anschließend verständigte man sich, auf dieser ersten Sitzung noch einen Meinungsaustausch über Zusammensetzung und Arbeit des Rates der Außenminister zu führen. Tru-



*Plenarsitzung (1. Konferenzphase).
 Von links nach rechts: Stalin, Pawlow,
 Kusnezow, Leahy, Byrnes, Truman,
 Bohlen, Davies, Cadogan, Eden,
 Churchill, Birse, Attlee, Wyschinski,
 Molotow. 2. Reihe (von links nach
 rechts): Shukow (stehend), Maiski,
 Kutscherow, Gromyko, Gusew (Mitte)*

*Churchill und Stalin während einer
 Konferenzpause*

man wollte die Eröffnungssitzung schon schließen, als sich Stalin unvermittelt an Churchill wandte und diesen durch die direkte Frage überraschte: „Warum verweigert Herr Churchill den Russen ihren Anteil an der deutschen Flotte?“ Es war, als habe der Blitz eingeschlagen. Atemlose Stille herrschte im Raum. „Ich bin nicht dagegen“, beteuerte Churchill schließlich konsterniert. „Aber wenn Sie mir schon die Frage stel-





Schloß Cecilienhof

wurde als Wohnsitz des letzten Kronprinzenpaares von 1913 bis 1917 im Neuen Garten, der gleichzeitig mit dem Marmorpalais am Heiligen See seit 1786 entstand, errichtet.

Als Architekten wählte man Paul Schultze-Naumburg, der sich als Erbauer von Landsitzen, Villen und Siedlungen hervorgetan hatte. Cecilienhof mußte er, abweichend von seinen sonstigen Gepflogenheiten, im englischen Landhausstil errichten. Charakteristisch für die Elemente aus der englischen Baukunst in Cecilienhof sind die Verbindung von Fachwerk und Backstein sowie als dekoratives Element die reichverzierten Schornsteine.

Der Bau mit seinen 176 Räumen und der reichen Innenausstattung kostete die beträchtliche Summe von 8 Millionen Goldmark.

Mitten im ersten Weltkrieg, in einer Zeit von Hunger und Not für das Volk, wurde Cecilienhof, benannt nach der Kronprinzessin Cecilie, im Herbst 1917 eingeweiht.

Nach der Novemberrevolution 1918 wurde Cecilienhof verstaatlicht, 1926 aber im Zuge der sogenannten Fürstenabfindung den Hohenzollern mit vielen anderen beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten zurückgegeben.

Innenhof mit rotem Blumenstern



Arbeitszimmer der sowjetischen Delegation. Am Schreibtisch neben dem Kamin mit den alten Delfter Kacheln war Stalins Arbeitsplatz.



Arbeitszimmer der amerikanischen Delegation



Arbeitszimmer der britischen Delegation, ehemalige Bibliothek des Schlosses. Die Möbel stammen aus dem Schloß Babelsberg.

len, hier meine Antwort: Diese Flotte ist zu versenken oder aufzuteilen.“ – „Die Flotte muß aufgeteilt werden“, bekräftigte Stalin. „Wenn Herr Churchill es vorzieht, die Flotte zu versenken, so kann er seinen Anteil versenken. Ich beabsichtige nicht, meinen Anteil zu versenken.“ Unterdrückte Heiterkeit im Saal. Churchills Gesicht war leicht gerötet. Er besann sich seines Trumpfes und versuchte zu kontern: „Gegenwärtig befindet sich fast die gesamte deutsche Flotte in unserer Hand.“ Dieser Schuß ging jedoch in die falsche Richtung: „Das ist es ja, das ist es ja“, erwiderte Stalin und setzte den Schlußpunkt: „Und darum müssen wir diese Frage entscheiden.“ Damit war Churchill vor aller Augen eine Lektion erteilt worden, nur er selbst merkte es nicht. Seinem Leibarzt präsentierte er sich „in guter Form“, wie dieser in sein Tagebuch eintrug, nachdem die erste Sitzung gegen 18.50 Uhr geendet hatte. „Es war offensichtlich, daß die Dinge gut gelaufen waren und er erleichtert war. ‚Stalin war sehr freundlich‘, berichtete P. M., ‚allerdings riß er seinen Mund etwas sehr weit auf.“



Kurz vor Beginn einer Plenarsitzung: Wyschinski (links), Gusew, Molotow und Stalin

Wichtige Übereinkünfte



Bereits auf ihrer zweiten Sitzung am 18. Juli konnten die Regierungschefs über zwei grundlegende Dokumente, die von den Außenministern vorbereitet worden waren, grundsätzliche Übereinstimmung erzielen: die Vereinbarung über den Rat der Außenminister und die politischen Grundsätze hinsichtlich der Behandlung Deutschlands. Dazu resümierte Byrnes: „Die Außenminister haben die Frage der politischen Kompetenzen des Kontrollrats in Deutschland und dessen wirtschaftliche Kompetenzen behandelt. Jene Punkte, bei denen es zu Meinungsverschiedenheiten kam, wurden an die neugebildeten Unterausschüsse überwiesen. Diese Ausschüsse haben ihre Arbeit bislang nicht abgeschlossen, aber die Minister einigten sich, daß es wünschenswert wäre, wenn die Regierungschefs auf der heutigen Sitzung die Frage der politischen Kompetenzen des Kontrollrats in Deutschland vorberaten würden. Die Minister stimmten auch überein, daß die Deutschland betreffenden wirtschaftlichen Fragen sehr schwierig und kompliziert sind und daher an einen Expertenunterausschuß überwiesen werden sollten . . .“ Der vorliegende Entwurf der politischen Grundsätze in bezug auf Deutschland wurde von den Regierungschefs im Prinzip gebilligt und an die Redaktionskommission überwiesen. Die sowjetische Delegation betrachtete den amerikanischen Entwurf der politischen und wirtschaftlichen Grundsätze hinsichtlich der Behandlung Deutschlands als eine im großen und ganzen gelungene Zusammenfassung

der zwischen den Alliierten bereits festgelegten Prinzipien und Ziele. Sie legte daher keinen eigenen Entwurf vor, sondern konzentrierte sich darauf, den amerikanischen Entwurf durch eigene Vorschläge zu präzisieren und zu ergänzen, mit dem Ziel, die antifaschistisch-demokratische Ausrichtung dieses Dokuments zu gewährleisten bzw. zu verstärken. So trat zum Beispiel an die Stelle der unverbindlichen Formulierung, daß in öffentlichen Ämtern und leitenden Wirtschaftspositionen nur Deutsche mit guter Gesinnung arbeiten sollten, die von der sowjetischen Delegation eingebrachte Formulierung, daß die zu entfernenden Personen durch solche zu ersetzen seien, „welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken“. Besonders weitgehend und bedeutsam waren die Präzisierungen und Ergänzungen, die der spätere Punkt 12 des Potsdamer Abkommens erfuhr. Anstelle der ursprünglichen Formulierung „die deutsche Wirtschaft soll dezentralisiert werden“ hieß es im endgültigen Text: „In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.“ Damit wurden die

monopolkapitalistischen Grundlagen von Faschismus und Militarismus erfaßt und zum Gegenstand einer Demokratisierung Deutschlands gemacht. Die sowjetische Delegation setzte auch das Prinzip der unnachsichtigen Bestrafung der deutschen Nazi- und Kriegsverbrecher durch, wenn es ihr auch nicht gelang, die Zustimmung der Westmächte dazu zu erlangen, die wichtigsten, wie Krupp, Flick u. a., namentlich im Potsdamer Abkommen aufzulisten.

Die sowjetische Delegation hatte entscheidenden Anteil am Zustandekommen und an der Formulierung einer Präambel, die dem deutschlandpolitischen Teil des Potsdamer Abkommens vorangestellt wurde. In ihr wurden nicht nur die Ziele der Besetzung Deutschlands fixiert, sondern auch klar und prägnant zum Ausdruck gebracht, daß die Alliierten

nicht die Absicht hätten, „das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven“, und daß sie ihm „die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben im weiteren auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen“. Gültig und

verpflichtend wurde als oberstes Ziel hervorgehoben, in „Gegenwart und Zukunft“ dafür zu sorgen, daß „Deutschland niemals wieder seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“.



Die sowjetische Delegation in Erwartung der beiden anderen Delegationen. Von rechts nach links u. a.: Gusew, Gromyko, General Wlasek, Molotow, Golunski, Stalin, Pawlow

Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten



Es schien gut voranzugehen mit „Terminal“. Dieser Eindruck verstärkte sich, wenn man sah, wie die „Großen Drei“ und ihre Delegationen miteinander auf den Empfängen umgingen, die sie einander gaben. Der Geist der Waffenbrüderschaft wurde beschworen, Toasts auf den gemeinsam errungenen Sieg über den Hitlerfaschismus wurden ausgebracht, und man sparte nicht mit gegenseitigen Lobeshymnen. Churchill wollte unbedingt Stalin zu „Stalin dem Großen“ erheben, und Shukow erntete einen Heiterkeitserfolg, als er sich beim „Genossen Churchill“ für einen auf ihn ausgebrachten Toast bedankte. Doch der Schein trog. Truman wartete fieberhaft auf einen aus-

föhrlichen Bericht über den Atomwaffenversuch, und die amerikanische und die britische Delegation ließen sich immer spürbarer von einer verständigungsfeindlichen Motivation leiten, steuerten zunehmend einen „harten Kurs“. Sie versteiften sich auf ihre Positionen und verschärften in den Sitzungen der Regierungschefs, der Außenminister und der Expertenausschüsse die Diskussionen. Das am 22. Juli über Potsdam niedergehende heftige Gewitter schien symptomatisch für die Wende zum Schlechteren im Konferenz-

verlauf. Im Neuen Garten und auch in Babelsberg wurden Bäume entwurzelt und stürzten um. Ein Baum zerstörte die Wasserleitung zu Churchills Villa, so daß der Premier am nächsten Morgen nicht baden konnte. Das betrachtete er als eine Art persönlicher Kränkung. Mit um so mehr Eifer engagierte er sich in den Debatten. Der Ton nahm an Heftigkeit zu. Churchill attackierte das „Titoregime“ in Jugoslawien, rechtfertigte die britische Unterdrückungspolitik in Griechenland und lehnte die von der sowjetischen Delegation geforderte Erklärung gegen das Francoregime als angebliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ab. Truman verlangte rigoros die Zustimmung der Sowjetunion zu der Italien zugedachten bevorzugten Behandlung und zu dessen Aufnahme in die UNO, verweigerte aber den volksdemokratischen Staaten



Feldmarschall Montgomery zeichnete am 14. Juli 1945 Marschall Shukow in einer feierlichen Zeremonie vor dem Brandenburger Tor mit einem Orden, dem Großkreuz des Bath-Ordens, aus.

Ausschnitt aus einer Sitzung der Außenminister. Am Tisch von rechts nach links: Golunski, Molotow, Wyschinski, Gusew. Vorn links von hinten: Cadogan

Im Garten (vorn, von links): Gusew, Eden, Molotow, Kerr

Anerkennung und gleiche Rechte. In der Sprache eines Weltgendarms stellte der USA-Präsident fest: „Ich habe bereits mehrere Male gesagt, daß wir mit diesen Regierungen so lange keine diplomatischen Beziehungen wiederherstellen können, als sie nicht so organisiert sind, wie wir es für erforderlich halten.“ Mit dem von Truman entwickelten Projekt einer Internationalisierung von durch mehrere Staaten führenden Binnenwasserstraßen, das insbesondere auf die Donauschiffahrt abzielte, wollte sich der amerikanische Imperialismus Möglichkeiten einer Einmischung in die volksdemokratischen Länder eröffnen. Die sowjetische Delegation wandte sich entschieden gegen diese und andere Versuche, den Herrschaftsbereich und die Einflußsphären des Imperialismus auszudehnen und die Konterrevolution zu exportieren. Sie verlangte Anerken-

nung und gleichberechtigte Behandlung der volksdemokratischen Staaten in Südosteuropa. In zwei weiteren Fragen von grundlegender Bedeutung verschärfen sich die Meinungsverschiedenheiten zunehmend: in der Frage der polnischen Westgrenze und der Reparationsfrage. Auf der Krimkonferenz waren die drei Mächte übereingekommen, wie Stalin in Erinnerung rief, daß „die Ostgrenze Polens entlang der Curzonlinie“ (1919 vom damaligen britischen Außenminister Curzon vorgeschlagen) verlaufen sollte und „daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und im We-



sten erhalten muß“. In Übereinstimmung mit der polnischen Regierung schlug die Sowjetunion vor, die Westgrenze Polens entlang der Oder und westlichen Neiße festzulegen, wo sie faktisch – als ein Ergebnis der Kampfhandlungen – bereits verlief. Das entsprach dem auf der Krimkonferenz hierzu geführten Meinungsaustausch. Damals war Churchill für eine solche Regelung eingetreten, jetzt, nachdem die Entwicklung in Polen anders verlief als gewünscht, stellte er sie in Frage. Auch Truman sperrte sich, erhob alle möglichen Einwände, sprach von provisorischen Festlegungen. Stalin erklärte dazu: „Hier wird die Frage der Grenzen behandelt und kein provisorischer Grenzverlauf. Diese Frage läßt sich nicht umgehen. Wenn Sie mit den Polen einverstanden wären, könnte man einen Beschluß fassen, ohne Vertreter der polnischen Regierung hierher einzuladen. Aber da Sie die Meinung der polnischen Regierung nicht teilen und Abänderungen wünschen, wäre es gut, wenn wir die Polen hierher einladen und ihre Meinung anhören. Das ist eine prinzipielle Frage.“

Churchill und Truman stimmten schließlich zu, die Vertreter der polnischen Regierung einzuladen. Das bedeutete jedoch keinen Sinneswandel der westlichen Regierungschefs. Offensichtlich ging es ihnen darum, zunächst einmal Zeit zu gewinnen, zugleich aber die Frage der polnischen Westgrenze auf der Tagesordnung von „Terminal“ zu belassen. Sie wandten sich gegen den Antrag Stalins, diese Frage von der Tagesordnung abzusetzen und an den künftigen Rat der Außenminister zu überweisen. Es war den Delegationen der USA und Großbritanniens im Grunde klar, daß die Oder-Neiße-Grenze eine Realität war, die sie in Rechnung stellen mußten. Aber sie glaubten hier einen Trumpf in der Hand zu haben, den sie dazu ausnutzen konnten, ihr antisowjetisches Konzept in der Reparationsfrage durchzusetzen.

$$R = P - (B + V + E)$$

Mit dieser harmlos aussehenden Reparationsformel suchte der USA-Vertreter in der Reparationskommission, der zum engsten Kreis um Truman zählende und im „Kleinen Weißen Haus“ wohnende 42jährige Edwin Pauley, Präsident von vier kalifornischen Ölgesellschaften, liiert u. a. mit Großbanken, die Sowjetunion um ihre Reparationsansprüche zu bringen und darüber hinaus die Grundlagen einer koordinierten Deutschlandpolitik der Alliierten zu unterminieren. Im Klartext bedeutete diese Formel, daß sich die Reparationen (R) ergeben aus der Produktion (P) abzüglich der Besatzungskosten (B), des deutschen Verbrauchs (V) und der Ausgaben für die notwendigen Einfuhren (E). In einem Brief an den sowjetischen Vertreter in der Reparationskommission, I. M. Maiski, erläuterte Pauley: „Wenn wir also sagen, daß die lebensnotwendigen Einfuhren vorrangig gegen Exporte verrechnet werden sollen, dann nicht, weil wir diese Einfuhren für wichtiger halten als Reparationen. Wir sagen bloß eines: Daß man die Kuh füttern muß, damit sie Milch gibt.“ Das klang einleuchtend. Pauley zog daraus folgende Schlußfolgerung: Man könne keine Reparationssumme festlegen; Reparationen stünden immer nur in dem Umfang zur Verfügung, wie ein Überschuß nach Bezahlung der Importe übrigbliebe; man könne sich folglich nur darüber einigen, welchen prozentualen Anteil die Sowjetunion und die anderen Mächte von der jeweils zur Verfügung stehenden Reparationsmenge erhalten sollten. Und Pauley formulierte ein Argument, das

für den späteren Kurswechsel der USA in ihrer Deutschlandpolitik wesentliche Bedeutung erlangen sollte: Wenn die Sowjetunion auf einer bestimmten Reparationssumme beharre, die in dieser Höhe gar nicht zur Verfügung stände, würde das bedeuten, daß schließlich die von den USA zur Verfügung gestellten Mittel für deutsche Importe in Reparationsleistungen für die Sowjetunion umgewandelt würden. Oder kurz: Die USA würden faktisch an die Sowjetunion Reparationen zahlen! Das war eine äußerst raffinierte und, wie sich erwies, für die imperialistischen Zwecke sehr wirksame Argumentation! Sie beruhte allerdings auf zwei unrichtigen Prämissen: auf einer Überschätzung des Zerstörungsgrades des deutschen Wirtschaftspotentials und auf der unveränderten Zugrundelegung der Export-Import-Statistiken der deutschen monopolkapitalistischen Profitwirtschaft der Vorkriegszeit. Die Umstellung der Wirtschaft bzw. der Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft unter Beseitigung ihrer monopolkapitalistischen Grundlagen und bei planvoller Lenkung und Leitung erlaubten es nämlich durchaus, angemessene Reparationen zu leisten, notwendige Importe zu finanzieren und dabei einen Mindestlebensstandard zu garantieren. Der Reparationscoup der USA verfolgte weitreichende Ziele. Zunächst ging es darum, der Sowjetunion ökonomisch zu schaden, sie zu schwächen, um ihr gegenüber

Aus dem „Protokoll der Verhandlungen über die Frage der deutschen Reparationen“ (Krimdeklaration)

2. Die Reparationen sollen von Deutschland in drei Formen eingezogen werden:

a) einmalige Konfiskationen innerhalb von zwei Jahren nach der Kapitulation Deutschlands oder der Einstellung des organisierten Widerstandes aus dem Nationalvermögen Deutschlands sowohl auf dem Territorium Deutschlands selbst als auch außerhalb Deutschlands (Industrieeinrichtung, Werkzeugmaschinen, Schiffe, rollendes Material, deutsche Aktiva im Ausland, Aktien von deutschen Industrie-, Verkehrs-, Schiffs- und anderen Unternehmungen usw.), wobei diese Konfiskationen hauptsächlich mit dem Ziel vorgenommen werden sollen, das Kriegspotential Deutschlands zu vernichten; b) alljährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion nach Kriegsende innerhalb eines Zeitabschnitts, dessen Dauer festzusetzen ist; c) Verwendung deutscher Arbeit.

3. Zur Ausarbeitung eines ausführlichen Reparationsplans, dem die oben dargelegten Prinzipien zugrunde zu legen sind, wird in Moskau eine Interalliierte Reparationskommission gebildet, der Vertreter der UdSSR, der USA und Großbritanniens angehören.

4. Was die Festlegung der Gesamtsumme der Reparationen sowie ihrer Verteilung unter die von der deutschen Aggression in Mitleidenschaft gezogenen Länder betrifft, kamen die sowjetische und die amerikanische Delegation über folgendes überein: „Die Moskauer Reparationskommission wird im Anfangsstadium ihrer Arbeit als Diskussionsgrundlage den Vorschlag der Sowjetregierung annehmen, daß die Gesamtsumme der Reparationen gemäß Artikel 2, Punkt a) und b) 20 Milliarden Dollar betragen soll und daß die Hälfte dieser Summe der Sowjetunion zukommt.“

eine Politik der ökonomischen Erpressung praktizieren zu können. Zum zweiten wollten sich die USA freie Hand bei der Behandlung ihrer Besatzungszone sichern und das von ihnen bereits akzeptierte Prinzip, Deutschland als einheitliches Ganzes zu behandeln, untergraben. Das wurde noch deutlicher, als Byrnes am 23. Juli in einer Unterredung mit Molotow den Gedanken zur Diskussion stellte, ob es „nicht besser wäre, wenn jedes Land die Reparationen aus seiner eigenen Zone entnehme. So liegen zum Beispiel nach amerikanischen Schätzungen 50 Prozent des deutschen Industriepotentials in der Sowjetzone, also könnte die Sowjetunion ihren Anteil an den Reparationen der eigenen Zone entnehmen.“ Ganz abgesehen davon, daß die hier vorgenommene Einstufung des Industriepotentials der sowjetischen Besatzungszone insgesamt wesentlich zu hoch angesetzt war, ließ dieser Vorschlag die Tatsache völlig unberücksichtigt, daß Reparationen in Form von Demontagen vor allem die deutsche Rüstungsindustrie treffen sollten – und diese lag nun einmal schwerpunktmäßig in den Westzonen, insbesondere im



Stalin mit Mitgliedern seiner Delegation

Ruhrgebiet. Darüber hinaus brachte dieser Vorschlag deutlich jene deutschlandpolitische Grundlinie der herrschenden Kreise der USA zum Ausdruck, die darin bestand, die Stellung der deutschen Länder gegenüber einer Zentralgewalt und die der Zonenbefehlshaber gegenüber dem Alliierten Kontrollrat zu stärken sowie Deutschland, wenn schon nicht zu zerstückeln, so doch weitgehend zu dezentralisieren. Die Verfügungsgewalt über die eigene Besatzungszone sollte sowenig wie möglich einge-

schränkt und die schrittweise Errichtung eines einheitlichen deutschen Staates, wenn überhaupt, dann nur in föderalistischer Form und bei Ausdehnung des imperialistischen Einflusses auf ihn ermöglicht werden. Deshalb stimmten die anglo-amerikanischen Mächte zwar der baldigen Errichtung einiger deutscher Zentralverwaltungen zu, wobei ihnen die ablehnende Haltung Frankreichs in dieser Frage bekannt war, lehnten jedoch den sowjetischen Vorschlag, eine deutsche Zentralverwaltung als Vorstufe einer Regierung einzusetzen, kategorisch ab. Über die Reparationsproblematik, ihre Verknüpfung mit der Import-Export-Frage sowie über eine Verstärkung der Rolle der Zonenstruktur wollten sich die herrschenden Kreise der USA Ansatzpunkte schaffen, um eine Durchführung der Potsdamer Be-

schlüsse, soweit unumgänglich, in engen Grenzen und unter ihrer Kontrolle halten und bei einem Kurswechsel gegenüber der Sowjetunion zugleich ihre Deutschlandpolitik grundlegend verändern zu können mit dem Ziel, ein monopolkapitalistisches Deutschland wiederherzustellen. Diesem sollte in einer vom USA-Imperialismus beherrschten kapitalistischen Weltwirtschaft, insbesondere bei der „wirtschaftlichen Gesundung“ Westeuropas, eine wichtige Rolle zugemessen werden. Doch das war noch Zukunftsmusik.

Die Bombe „zündet“ nicht



Am Samstag, dem 21. Juli, 12 Uhr, überreichte ein Kurier Kriegsminister Stimson den sehnlichst erwarteten Sonderbericht, den General Groves über S 1, die Atombombenexplosion in Alamogordo in New Mexico, verfaßt hatte. Um 15.30 Uhr las Stimson Truman und Byrnes den etwa 15seitigen Bericht vor. Der Autor hatte bei seiner Abfassung noch ganz im Banne der alle bisherige menschliche Vorstellungskraft übersteigenden Explosion gestanden. Diese Wirkung übertrug sich auch auf die drei Männer im „Kleinen Weißen Haus“. Ein tiefes Triumphgefühl beherrschte Truman. Churchill wurde kurz unterrichtet – ausführlich erst am nächsten Vormittag. Der Premier zeigte sich, wenn das überhaupt möglich war, noch enthusiastischer als der Präsident.

Am 24. Juli, nach dem Ende der 8. Sitzung, ging Truman, bevor er seinen Wagen bestieg, wie beiläufig auf Stalin zu und teilte ihm mit, daß die USA nunmehr im Besitz einer neuen Waffe von ungeheurer Sprengkraft seien. Churchill stand in der Nähe und beobachtete lauernd das Mienenspiel des Generalissimus. Dieser verriet jedoch weder Überraschung noch Bestürzung. Als Churchill Truman fragte, wie das Gespräch verlaufen sei, erklärte dieser, Stalin sei anscheinend erfreut gewesen, habe aber keine Frage gestellt. Möglicherweise habe der Generalissimus die Tragweite der Mitteilung nicht sofort durchschauen können. Man müsse sehen, wie er sich in den nächsten Sitzungen verhalte. Doch sie irrten. „Tatsächlich erzählte Stalin nach der Rückkehr von dieser Sitzung in

meinem Beisein Molotow von dem Gespräch mit Truman“, erinnerte sich Shukow. „Molotow sagte prompt: ‚Sie wollen im Kurs steigen.‘ Stalin lachte. ‚Sollen sie nur. Man muß mit Kurtschatow sprechen, daß er die Arbeiten beschleunigt.‘ Ich verstand, daß es um die Arbeit an der Atombombe ging.“

Vor Beginn der 9. Sitzung, die am 25. Juli von 11 bis 12 Uhr stattfand, ließen sich die „Großen Drei“ im Schloßgarten fotografieren. Nach außen hin schien alles



Robert Oppenheimer und General Leslie Groves am Kraterrand nach der gelungenen Versuchsexplosion bei Alamogordo in der Wüste von New Mexico am 16. Juli 1945

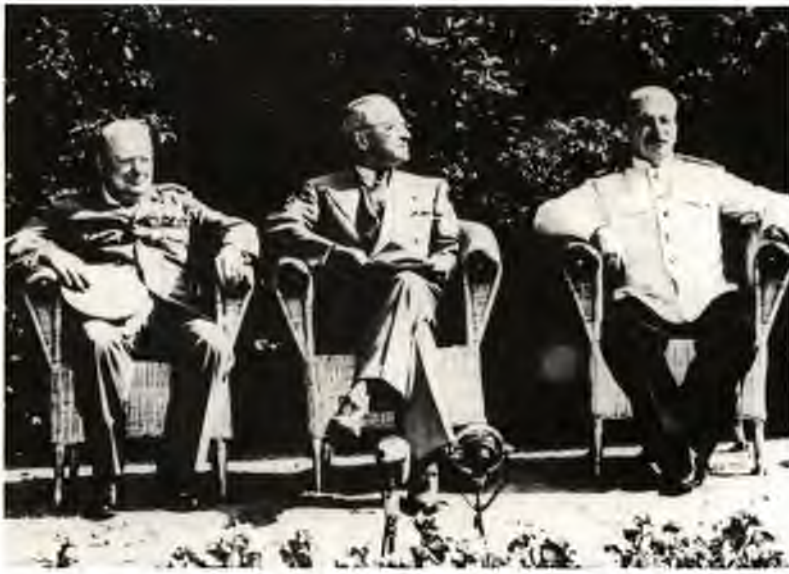
Die beiden für Hiroshima (oben) und für Nagasaki bestimmten Atom-



bomben, die kurz nach der Potsdamer Konferenz abgeworfen wurden

Explosion der Atombombe über Nagasaki am 9. August 1945

Das zerstörte Nagasaki am Tag nach der Atombombenexplosion



in bester Ordnung. Doch die amerikanische und die britische Delegation setzten ihren „harten Kurs“ fort, gerieten aber dabei immer mehr in ein Dilemma, das Churchill bereits zu Beginn der Sitzung deutlich werden ließ, indem er erklärte, daß die Frage der polnischen Westgrenze „mit der Reparationsfrage sowie mit der Frage über die Besetzungszonen der vier Mächte in Deutschland verbunden ist“. Später meinte der Premier nicht zu Unrecht, „daß diese Frage den Grundstock des Gelingens der gesamten Konferenz bildet . . . Wir müssen zugeben, daß wir bislang keinerlei Fortschritte erzielt haben.“ Truman pflichtete ihm bei. Vorher hatte der Präsident einen weiteren Schachzug versucht, indem er plötzlich erklärte, daß Fragen, die in die Friedensverträge aufgenommen werden sollen, letztendlich in die Kompetenz des USA-Senats gehörten. Offensichtlich war das ein Versuch, sich eine Position aufzubauen, um nachträglich von getroffenen Vereinbarungen der „Großen Drei“ zurücktreten zu können. Welcher Wert war dann Trumans Unterschrift unter dem Potsdamer Abkommen überhaupt beizumessen? Sofort vergewisserte sich Stalin: „Betreffen die Ausführungen des Präsidenten nur die Friedensverträge oder alle Fragen, die hier erörtert werden?“ Truman: „Das bezieht sich nur auf jene Abkommen und Verträge, die gemäß der Verfassung dem USA-Senat zur Bestätigung vorzulegen sind.“ Stalin: „Heißt das, daß alle übrigen Fragen entschieden werden können?“ Truman: „Wir können hier jede beliebige Frage entscheiden, wenn diese Frage nicht dem Senat zur Ratifizierung unterbreitet werden muß . . . Ich verfüge über ausge-



Churchill, Truman und Stalin am 25. Juli im Garten von Cecilienhof

In einer Konferenzpause: Stalin, Truman und Churchill

Churchill in einer Konferenzpause mit seiner unvermeidlichen Zigarre

dehnte Vollmachten . . .“ Also doch! Erneut mußte Truman einsehen, daß es ihm nicht gelingen wollte, die sowjetische Delegation irrezuführen. Ansonsten drehte sich die Diskussion über die polnische Westgrenze und die sich daraus für Deutschland ergebenden Auswirkungen im Kreise. Offensichtlich waren weder Truman noch Churchill dazu bereit, akzeptable Lösungen zu suchen. Die sowjetische Delegation überreichte zum Schluß ein Memorandum zu der bereits vorher von Stalin genannten Tatsache der 400000 nicht entwaffneten deutschen Soldaten in Norwegen. „Ich wußte nicht, daß sie nicht entwaffnet sind. In jedem Fall ist es unsere Absicht, sie zu entwaffnen“, verleugnete Churchill seine eigenen Anweisungen.

Die 10. Sitzung war erst für Freitag, den 27. Juli, geplant, da sich die britische Delegation zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse und zur Amtseinführung der neuen Regierung für zwei Tage nach London begeben mußte. „Am Freitag, um fünf Uhr, treffen wir uns wieder“, meinte Churchill. Er irrte sich. Für ihn war die Potsdamer Konferenz beendet. Erreicht hatte er keines seiner hochgesteckten Ziele. Und mit seinen häufigen improvisierten wortreichen Erklärungen hatte er sich keineswegs Ruhm erworben – auch aus dem Blickwinkel der britischen Delegation nicht! Erbozt schrieb Unterstaatssekretär Alexander Cadogan in sein Tagebuch: „Seitdem P. M. London verlassen hat, hat er sich geweigert, zu arbeiten und auch nur irgend etwas zu lesen. Das ist sein gutes Recht, aber dann kann er nicht beides haben: Wenn er nichts weiß über das zur Diskussion stehende Thema, müßte er still sein oder bitten, daß sein Außenminister dazu gehört wird. Statt dessen jedoch mischt er sich bei jeder Gelegenheit ein, redet zusammenhanglosen Unsinn und gefährdet unsere Positionen.“ Bevor Churchill Potsdam verließ, unterzeichnete er mit Truman und im Namen des chinesischen Staatschefs



Die sowjetische Militärdelegation bei der Arbeit (hinten, von links): Marschall Shukow, Admiral Kusnezow

eine Deklaration, die die japanische Regierung zur bedingungslosen Kapitulation aufforderte. Der sowjetischen Delegation wurde davon lediglich nachträglich eine Kopie übermittelt. Als die sowjetische Seite den Wunsch äußerte, vor einer Veröffentlichung der Deklaration einen Meinungsaustausch hierüber zu führen, wurde von amerikanischer Seite mitgeteilt, daß man die Erklärung bereits der Presse übergeben habe. Diese Verfahrensweise war ein Symptom dafür, daß die USA zwar am sowjetischen Beistand gegen Japan interessiert waren, die Sowjetunion jedoch von der Mitsprache in den japanischen Angelegenheiten fernhalten wollten. „Sosehr mir an Rußlands Beteiligung am fernöstlichen Kriege lag“, schrieb Truman in seinen Erinnerungen, „war ich aber jetzt doch auf Grund meiner Potsdamer Erfahrungen entschlossen, die Russen unter keinen Umständen an der Besetzung Japans zu beteiligen . . . Meine Überlegungen auf der Heimreise gipfelten in dem Entschluß, General Mac Arthur die uneingeschränkte Gewalt über das besiegte Japan zu übertragen.“

Die britische Delegation kehrte verspätet und unter neuer Leitung nach Potsdam zurück. Das galt allgemein als riesengroße Überraschung. Clement Attlee, bis dahin aus dem Hintergrund kaum ins Blickfeld der Konferenz getreten, blieb auch als Premier und Delegationsleiter ziemlich zurückhaltend. In gewisser Weise unterschied er sich damit wohlthuend von Churchill. Außenpolitik gehörte offensichtlich nicht zu seinen starken Seiten und wohl auch nicht zu denen seines Außenministers, des behäbigen ehemaligen Gewerkschaftsführers Ernest Bevin. Beide zählten nicht zum linken Flügel der Labour Party – ganz im Gegenteil. Was auch immer die neue britische Regierung versprochen oder sich vorgenommen hatte, außenpolitisch jedenfalls trat sie ganz in die Fußstapfen ihrer Vorgänger. In den zur Debatte stehenden entscheidenden Fragen ließ sich Attlee von den gleichen Positionspapieren leiten. Und von Churchill und Eden abgesehen, blieb auch die Zusammensetzung der britischen Delegation unverändert. Eines aber änderte sich: Die britische Delegation wurde in der zweiten Konferenzphase von der amerikanischen Delegation vollends in die Ecke gedrückt.

In der Sackgasse



In Vorbereitung auf die 10. Sitzung der Delegationschefs, die am Samstag, dem 28. Juli, von 22.30 Uhr bis 0.05 Uhr stattfand, zogen die Außenminister tags zuvor eine Zwischenbilanz. Sie fiel alles andere als zufriedenstellend aus. 14 Punkte mußten aufgelistet werden, deren Behandlung nicht abgeschlossen war, darunter solche wesentlichen wie die wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands, die Reparationsfrage, die Aufnahme Italiens und anderer ehemaliger Vasallenländer Hitlerdeutschlands in die UNO, die Erfüllung der Krimdeklaration über das befreite Europa, die Westgrenze Polens. In allen diesen Fragen waren bisher nicht zu überbrückende Meinungsverschiedenheiten zutage getreten. „Terminal“ war offenbar in eine Sackgasse geraten.



Die nächste Sitzung der Delegationschefs mußte infolge einer Erköhlung Stalins auf Dienstag, den 31. Juli, verlegt werden. Dennoch fanden am Sonntag, dem 29. Juli, und vor allem am Montag, dem 30. Juli, wichtige Beratungen statt: zwei Treffen Molotows mit Truman bzw. Byrnes und die 10. Sitzung der Außenminister. Die sowjetische Delegation ließ sich durch den harten Kurs der Westmächte weder erpressen noch provozieren. Truman und Byrnes mußten spätestens zu diesem Zeitpunkt erkennen, daß der Atomtrumpf nicht stach! Schon gar nicht, solange die Atombombe nicht eingesetzt worden war. Die „Russen“ gingen nicht vor der amerikanischen Stärke in die Knie, die Möglichkeiten für eine Pax americana,

Pause während einer Sitzung der Außenminister. Vorn links: Bevin, dahinter rechts Gusew, Molotow, rechts hinter ihm Cadogan, daneben Kerr

Ausschnitt aus einer Plenarsitzung. Von rechts nach links: Gromyko, Maiski (im Hintergrund), Kusnezow, Golunski, General Wlasek, Stalin, Molotow, Wyschinski. Vordere Reihe von links nach rechts: Attlee, Bevin, Cadogan





Die sowjetische Delegation in einer Sitzung der Außenminister (vordere Reihe von links nach rechts): Gusew, Wyschinski, Molotow, Golunski

Die Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen in Deutschland bei ihrer Begegnung in Cecilienhof. Von rechts nach links: der französische General de Lattre de Tassigny, Marschall der Sowjetunion Shukow, US-General Eisenhower und der britische Feldmarschall Montgomery

Die erste Sitzung des Alliierten Kontrollrates für Deutschland findet noch während der Potsdamer Konferenz, am 30. Juli 1945, in Berlin statt.



einen Frieden zu den Bedingungen der USA, waren begrenzt; man konnte nicht einfach alles umstoßen; vielmehr war man dazu gezwungen, zu einem erfolgreichen Abschluß von „Terminal“ so oder so beizutragen. Außerdem warteten auf Truman wichtige Haushaltsfragen und andere Entscheidungen in den USA. Es drängte ihn nach Hause. Er stimmte Byrnes Vorschlag zu, der Sowjetunion in der Frage der Westgrenze Polens und der Behandlung der volksdemokratischen Länder entgegenzukommen, um





Die sowjetische Delegation auf der ersten Sitzung des Alliierten Kontrollrates (von rechts nach links): W. S. Semjonow (2. v. rechts), Marschall G. K. Shukow, Armeegeneral W. D. Sokolowski



Sitz des Alliierten Kontrollrates in Berlin-Schöneberg

notwendige deutsche Importe beglichen werden, und nicht der Alliierte Kontrollrat, sondern der jeweilige Oberbefehlshaber sollte letztlich über die Reparationsent-

nahme in seiner Besatzungszone bestimmen! Molotow beherrschte sich, obwohl er Grund genug hatte, empört zu sein. Die sowjetische Delegation brachte für den einvernehmlichen Abschluß von „Terminal“ mit ihrer prinzipiellen Annahme des amerikanischen Vorschlags ein großes Opfer. Auf der folgenden Sitzung der Außenminister wurde die britische Delegation mit dem amerikanischen Junktum konfrontiert. Sie wehrte sich gegen die beiden Zugeständnisse, aber ihre Einwände wurden von Byrnes zurückgewiesen. Er ließ es die Briten spüren, daß sie schließlich von den USA eine Anleihe haben wollten. Daher sollten sie sich gefälligst zurückhalten und sich anpassen.

ihre die „bittere Reparationspille etwas zu versüßen“. Das wurde Molotow in den Gesprächen am 29. und 30. Juli offeriert – ein typisch imperialistisches Junktum. Die vorgeschlagene Regelung der Reparationsfrage lief darauf hinaus, daß die Sowjetunion ihre (und die polnischen) Ansprüche aus ihrer Besatzungszone befriedigen und darüber hinaus einen Anteil an den aus den Besatzungszonen der Westmächte entnommenen Reparationen erhalten sollte, einen Teil davon im Austausch gegen Lieferungen aus der sowjetischen Besatzungszone. Es gelang Molotow nicht, die amerikanische Seite zu bewegen, eine feste Reparationssumme in Erwägung zu ziehen. Der Kontrollrat sollte innerhalb von sechs Monaten das notwendige deutsche Industrieniveau festlegen, woraus sich dann ableiten ließe, was als Reparationen entnommen werden konnte. Allerdings sollten zuvor eventuell

Durchbruch kurz vor Toresschluß

Die entscheidende 11. Sitzung der Regierungschefs begann am 31. Juli um 16.05 Uhr. Bevin schlug vor, keinen besonderen Bericht über die Sitzung der Außenminister zu geben, da fast alle Fragen auf der Tagesordnung der Sitzung stünden. Dem wurde zugestimmt. Truman unterbreitete die drei umstrittenen Fragen als Junktum. Stalin korrigierte sofort: „Sie sind nicht miteinander verbunden, es sind verschiedene Fragen . . .“ Byrnes erwiderte: „Es stimmt, daß es verschiedene Fragen sind . . . Wir erklären jedoch

hier erneut, daß wir keine Zugeständnisse hinsichtlich der polnischen Grenze machen werden, wenn über die beiden anderen Fragen keine Einigung erzielt wird.“ Nach prinzipieller Einigung über die Formulierungen hinsichtlich der polnischen Westgrenze und über die Frage diplomatischer Beziehungen zu Finnland, Bulgarien, Rumänien und Ungarn unterbreitete die sowje-



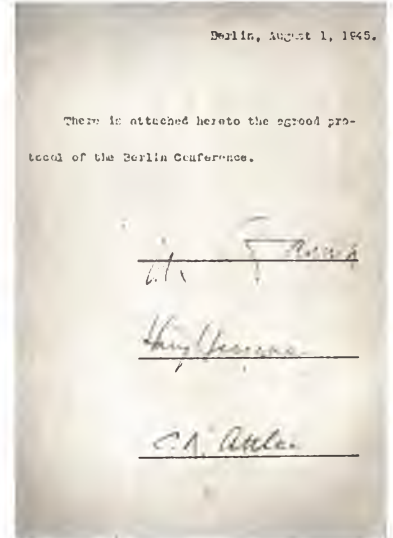
*Ausschnitt aus einer Plenarsitzung.
Von vorn nach links: Bevin, Attlee,
Birse, Kerr, Wyschinski, Molotow,
Stalin, Wlassek, Golunski*

*Kurz vor Abschluß der Konferenz am
1. August, mittags. Von links nach
rechts: Attlee, Truman, Stalin; dahinter:
Leahy, Bevin, Byrnes, Molotow*

tische Delegation Vorschläge zur Frage der Reparationen aus Deutschland. In der Grundlinie berücksichtigten diese Vorschläge die in den vergangenen Gesprächen abgeklärten Standpunkte. Die Sowjetunion verzichtete auf die Festlegung einer festen Reparationssumme, war

bereit, ihre Reparationsansprüche in erster Linie aus ihrer Besatzungszone zu befriedigen, und ging davon aus, daß sie aus den Westzonen 15 Prozent der in den Besatzungszonen der Westmächte zur Verfügung stehenden Reparationen im Austausch gegen Lebensmittel, Kohle, Kali, Holz und andere Produkte und weitere 10 Prozent ohne Gegenleistung erhalten würde. Die Einigung in der Reparationsfrage öffnete die Tür zur endgültigen Verabschiedung der wirtschaftlichen Grundsätze hinsichtlich der Behandlung Deutschlands. Die Westmächte, die dem Prinzip,

Deutschland wirtschaftlich als Ganzes zu behandeln, formal zugestimmt hatten, lehnten gleichzeitig die sowjetischen Vorschläge ab, eine deutsche Zentralverwaltung zu schaffen und das Ruhrgebiet unter Viermächtekontrolle zu stellen. Die Sowjetunion konnte jedoch die Klarstellung erreichen, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands blieb. Alles in allem war es entscheidend der sowjetischen Delegation zu schulden, wenn auf der 11. Sitzung der Regierungschefs Kompromißformeln zur Beilegung der Streitfragen vereinbart wurden und damit der Weg zu einem einvernehmlichen Abschluß der Konferenz frei gemacht werden konnte. Auf den beiden letzten Sitzungen am 1. August konnte



Die Unterschriften der „Großen Drei“

nun ohne größere Schwierigkeiten die endgültige Fassung des Kommuniqués und des Protokolls, in die alle entscheidenden Fragen Aufnahme fanden, verabschiedet werden. Geheimabkommen gab es nicht. Am 2. August um 0.30 Uhr war es dann soweit: Die Konferenz war beendet. Attlee dankte dem Generalissimus für die geschaffenen Arbeitsbedingungen und anderen Vorkehrungen und dem Präsidenten für die Leitung. Stalin bekräftigte dies und dankte insbesondere Außenminister Byrnes.

Stalin: „Die Konferenz kann man wohl als gelungen bezeichnen.“ Truman: „Ich möchte den anderen Außenministern und all denen danken, die uns in unserer Arbeit so sehr geholfen haben.“ Attlee: „Ich schließe mich den Gefühlen, die hier an die Adresse unserer drei Außenminister geäußert wurden, an.“ Truman:

„Ich erkläre die Berliner Konferenz für geschlossen.“ Die Verabschiedung der Delegationen voneinander dauerte nicht lange, sie erfolgte förmlich, ohne Herzlichkeit – anders als noch vor einem halben Jahr in Jalta. Schon um 0.40 Uhr, zehn Minuten nach dem Ende der Konferenz, verließ Truman Cecilienhof! Die drei Regie-

rungschefs reisten bereits am 2. August ab – auf dem gleichen Wege, auf dem sie gekommen waren. Diesmal verzichteten Truman und Attlee auf die bei der Ankunft in Berlin-Gatow vollzogenen Zeremonien. Der Präsident und sein Gefolge bestiegen die „Augusta“ zur Rückfahrt in Plymouth.



Für mehr als zwei Wochen hatte „Terminal“ im Brennpunkt der Weltpolitik gestanden. Von ihren Ergebnissen her war die Konferenz ein Erfolg. Das Ziel, vor der Welt die Fortsetzung der Zusammenarbeit der Großmächte der Antihitlerkoalition im Frieden und für die Sicherung des Friedens zu bekräftigen und dafür Grundlagen zu schaffen, Wege festzulegen und Vereinbarungen zu treffen, war in hohem Maße erreicht worden. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang vor allem: die Bildung eines Rates der Außenminister und damit eine wichtige Institutionalisierung der weiteren Zusammenarbeit; die Fixierung wichtiger Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, insbesondere die prinzipielle Festlegung der europäischen Grenzen, vor allem der polnischen Westgrenze, und die Regelung über die Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile; die Vereinbarung über die Bestrafung der Kriegsverbrecher; die Verständigung über den Abschluß von Friedensverträgen mit den ehemaligen Vasallen Deutschlands unter Achtung ihres Rechtes, über ihre gesellschaftliche und staatliche Ordnung selbst zu entscheiden, und ihre Zulassung zu den Vereinten Nationen sowie

die Reparationsfrage. Besondere Bedeutung kam der Vereinbarung über die bei der Behandlung Deutschlands im Rahmen einer gemeinsamen oder koordinierten Besatzungspolitik zu verfolgenden Ziele und anzuwendenden

wirtschaftlichen und politischen Grundsätze und der ihnen vorangestellten Präambel zu. Ihre Quintessenz bestand in den drei „D“s: der Demilitarisierung, der Denazifizierung und der Demokratisierung. Das Potsdamer Abkommen sprach ein vernichtendes Urteil über den deutschen Imperialismus und Militarismus, das im Ergebnis des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher bekräftigt wurde. Mit diesen Festlegungen wies das Potsdamer Abkommen den Weg zur Lösung einer solchen zentralen Frage für das Zusammenleben der Völker wie der Garantie, daß von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgehen kann. Dem Einfluß der sozialistischen Sowjetunion war es zu danken, daß dabei das deutsche Volk kei-

Stellungnahme der „Prawda“ zum Potsdamer Abkommen, 3. August 1945

Die Ergebnisse der Berliner Konferenz zeigten noch einmal, daß die Zusammenarbeit der drei Großmächte auf der dauerhaften Grundlage gemeinsamer Grundinteressen beruht, die gleichzeitig den Interessen aller friedliebenden Völker entsprachen. Diese gemeinsamen Grundinteressen bestehen darin, die Drohung einer deutschen Aggression auf immer zu beseitigen, einem Wiederaufleben des deutschen Imperialismus vorzubeugen, einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern und die allgemeine Sicherheit zu gewährleisten.

Die Ergebnisse der Berliner Konferenz sprechen überzeugend dafür, daß die erreichten Vereinbarungen zu den wichtigsten Fragen der Nachkriegsentwicklung, den Weg der weiteren Zusammen-

arbeit sowohl der Großmächte als auch der anderen freiheitsliebenden Völker vorzeichnen. Es sind auch neue Organisationsformen der Zusammenarbeit für die Fortsetzung der notwendigen Vorbereitungsarbeiten für eine Friedensregelung gefunden worden . . . Die jetzige internationale Nachkriegssituation ist durch große Kompliziertheit gekennzeichnet. Um so größeren Wert und um so größere Bedeutung gewinnen die auf der Berliner Konferenz ausgereiften wichtigen Beschlüsse und erreichten Vereinbarungen.

**Potsdamer Abkommen
(2. August 1945)
Aus der Präambel über Deutschland**

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk

die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

den versklavenden Bedingungen unterworfen, daß ihm vielmehr die Möglichkeit zu Wiederaufbau und staatlicher Neugeburt eingeräumt wurde. Und mehr noch, indem das Potsdamer Abkommen an das deutsche Volk appellierte, bei der Verwirklichung der Ziele und Prinzipien des Potsdamer Abkommens – unter Wahrung seines Rechts auf nationale und soziale Selbstbestimmung – aktiv mitzuwirken, anerkannte es das deutsche Volk als Völkerrechts-

subjekt und erlegte den Besatzungsmächten die Verpflichtung auf, die antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen des deutschen Volkes zu respektieren und zu unterstützen. So bildete das Potsdamer Abkommen, in dem neue, demokratische Prinzipien des Völkerrechts zur Anwendung gelangten, gerade auch für die Periode der Besetzung und Kontrolle Deutschlands ein entscheidendes völkerrechtliches Dokument. Die Potsdamer Beschlüsse gegenüber Deutschland waren in mancher Beziehung hart. Aber was konnte das deutsche Volk ange-

sichts der Verbrechen, die deutscher Faschismus und Militarismus verübt, und des unsäglichen Leides, das sie den Völkern zugefügt hatten, anderes erwarten! Doch zugleich und vor allem gaben die Potsdamer Prinzipien und Ziele dem deutschen Volk eine Chance, unterstützten den Kampf seiner antifaschistisch-demokratischen Kräfte zur Ausrottung von Faschismus und Militarismus und für die Schaffung eines neuen, demokratischen und friedlichen Deutschlands, gaben diesem Kampf eine völkerrechtliche Grundlage.

Das Potsdamer Abkommen bekräftigte und fixierte die hauptsächlichsten Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und bot eine wesentliche völkerrechtliche Grundlage für die Schaffung einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung und die friedliche Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Systeme und Anschauungen. Es öffnete – in Verbindung mit der UNO-Charta – den Weg für Verständigung und Kooperation, für das friedliche Austragen von Meinungsverschiedenheiten, für eine Welt der Vereinten Nationen im eigentlichen Sinne des Wortes. In einer Reihe Kompromißformulierungen und -regelungen schlugen sich die Meinungsver-

Titelblatt einer Broschüre der Gewerkschaften (1945) über die Potsdamer Konferenz



Seite 6

TÄGLICHE BUNDSCHAU

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund zu den Potsdamer Beschlüssen

Zusammenfassung aller Kräfte für die in Potsdam erzielten Bedingungen

Am Donnerstag, dem 8. August 1945, lagten die dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände und nahmen Stellung zu den Beschlüssen der drei Staatsmänner, die vom 17. bis 25. Juli in Potsdam verhandelt waren. Die Gewerkschaften stellten fest:

Die Beschlüsse in Potsdam sind von historischer Bedeutung. Sie schließen die Periode des Krieges nach der Zerschlagung des Nazismus und Militarismus durch die verbündeten Armeen in Europa ab. Die Grundlagen des friedlichen Aufbaus sind durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz geschaffen.

Obwohl Hitler den wahrhaftigen und von ihm herbeigeführten Krieg bis zur vollständigen militärischen Niederlage Deutschlands geführt hat, wird dem deutschen Volk von den Siegermächten in großzügiger Weise die Möglichkeit gegeben, sich in friedlichem, demokratischem Aufbau zu bewähren. Das deutsche Volk hat freilich für die furchtbaren Verbrechen, die den überfallenen Völkern, vor allem durch die Horden der SS, auf Anweisung Hitlers und seiner imperialistischen und militaristischen Auftraggeber zugefügt worden sind, zu büßen. Es muß nun die Folgen einer Regierung tragen, die es zur Zeit ihrer Errichtung in überlegender Zahl entweder gebilligt oder der es blind gehorcht hat. Mit Überzeugung nehmen daher die versammelten Gewerkschaftler davon Kenntnis, daß die Beschlüsse von Potsdam nicht von Rücksichtlosen, sondern von Verantwortungsbewußten des Völkern und auch dem deutschen Volk gegenüber getroffen sind.

Die Gewerkschaften erheben ihr Verlangen um Mitleid und Gerechtigkeit, daß die Alliierten den Krieg zur Verhinderung des deutschen Volkes geführt haben. Sie haben ihn zur Verhinderung des Faschismus und Militarismus sowie zur Ausmerzung der Kriegsverbrechen geführt. In den festgelegten Maßnahmen der Potsdamer Beschlüsse zur Ausrottung des Faschismus und Militarismus sowie in der Beilegung

aller Internationalen, der Auflösung des großen Kartells, Kappells und Kartells, erheben die versammelten Gewerkschaftler die Voraussetzung dafür, daß sich nicht mehr, wie 1918, das alte Elend von Kriegsverbrechen in Deutschland wiederholen kann. Dem deutschen Volk wird die Möglichkeit gegeben, auf der Grundlage einer demokratischen und friedlichen Arbeit die Voraussetzungen zu schaffen, um sich wieder in den Kreis der freien und friedlichen Völker zu schließen. Die Vertreter der Arbeiterbewegung des Reiches sind der Überzeugung, daß der Krieg und die Kette der ungeschicklichen Trümmer des Gewerkschaftsbaus beendet werden.

Bei den Beschlüssen der drei Staatsmänner lagten die Gewerkschaften die wichtigsten Prinzipien des großen Krieges ab. Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz haben die letzten Reste der imperialistischen Verbrechen in den deutschen Völkern beseitigt und den Aufbau zu begründen.

Die versammelten Gewerkschaftler begrüßen die klaren und verständlichen Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse, an denen nicht die unheimliche Fiktion der Verantwortungsbewußten für die Verbrechen des Faschismus und Militarismus, sondern die gerechten Kräfte der Arbeiterbewegung des Reiches und des deutschen Volkes die Verantwortung für die Verbrechen des Faschismus und Militarismus zu tragen haben. Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz haben die letzten Reste der imperialistischen Verbrechen in den deutschen Völkern beseitigt und den Aufbau zu begründen.

Zukunft Bedingungen. Das deutsche Volk ist es nicht nur, das die Verantwortung für die Verbrechen des Faschismus und Militarismus trägt, sondern auch die Arbeiterbewegung des Reiches und des deutschen Volkes. Die deutsche Arbeiterbewegung ist sich bereit, weil sie darauf vertraut, daß die Siegermächte dem deutschen Volk ein Leben in Freiheit zu lassen wollen, wenn es seine Verpflichtungen zur Wiedergewinnung und für den europäischen Frieden erfüllt. Die deutschen Arbeiterbewegung des Reiches wissen, daß diese Voraussetzung nur erfüllt werden kann, wenn die deutsche Volk seine ganze Kraft und alle seine Anstrengungen für die schwere Arbeit aufbringt, die für den eigenen und den Friedens Europas geleistet werden muß. Als Vertreter der arbeitenden Völker sind sie sich der Lasten bewußt, die die deutsche Arbeiterbewegung damit auf sich nehmen wird.

In voller Kenntnis des Umfangs und der Bedeutung der Potsdamer Beschlüsse, an denen sich nicht zuletzt im Interesse der Sicherung eines neuen und friedlichen Zukunft des Vaterlandes beteiligen, ist die deutsche Arbeiterbewegung der Überzeugung, daß die Erfüllung der dem deutschen Volk in Potsdam anvertrauten Bedingungen der Lasten nicht nur dem Verbrechen des Faschismus zugehörige geistlichen deutschen Schicksal der Weg zu einem neuen, wirklich demokratischen Staatensystem ist. Es verhandelt auch das Führertum ist, das der triviale Krieg Hitlers hinterlassen, so groß, daß das Land, das er gebracht, und so überhand die Lasten sind, die dem deutschen Volk jetzt zu tragen hat, so will die deutsche Arbeiterbewegung die Lasten nicht abnehmen lassen, daß aus den furchtbaren Verbrechen der Vergangenheit eine neue und bessere politische und soziale Ordnung erwachsen wird. In dieser Überzeugung sind ihre Vertreter, die soziale Ordnung und die Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse vorbehaltlos mitzuwirken.

Deutschland 1945. Besatzungszonen und auf der Potsdamer Konferenz festgelegte Grenzen





Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz (12. 8. 1945)

Die am 12. August 1945 stattgefunden Tagung der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands, der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Christlich-Demokratischen Union, der Liberal-Demokratischen Partei, begrüßt die Zusammenarbeit und die feste Einheitsfront der vier Parteien . . .

Nie dürfen die verhängnisvollen Kräfte der Vergangenheit, die Kräfte des Militarismus, der Reaktion und des Hitlerismus wieder Gewalt über unser Volk bekommen. Deshalb muß der Weg von 1945 ein neuer sein: der Weg der Demokratie, des Rechts und der Freiheit, des Friedens und der Achtung vor anderen Völkern. Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien wird diesen Weg gehen. Die Beschlüsse der Berliner Konferenz stehen am Anfang dieses neuen Weges. Sie geben die Möglichkeit zur friedlichen Erneuerung unseres Vaterlandes. Diese Beschlüsse beruhen auf der durch die bedingungslose Kapitulation besiegelten militärischen Niederlage Deutschlands. Das deutsche Volk muß die Verantwortung für die Ergebnisse des Hitlerregimes und die Folgen des Hitlerkrieges tragen. Angesichts der Ungeheuerlichkeiten,

deren sich das verhaßte Nazi-regime und seine Helfershelfer schuldig machten, können wir nicht über die Härte der Bedingungen klagen.

Wir sind auch verpflichtet, nach dem Maße des Möglichen im Rahmen der vorgesehenen Reparationen einen Ausgleich für die den angegriffenen Völkern zugefügten Schäden zu leisten.

Zugleich muß unser Volk durch harte und unermüdliche Arbeit die materiellen Voraussetzungen seiner eigenen Existenz von neuem schaffen . . .

Wir werden den Weg in eine hellere Zukunft finden. Die Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen, die angekündigte Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften in allen Teilen Deutschlands, Versammlungs-, Rede-, Presse- und Religionsfreiheit ermöglichen den politischen Neubau eines freiheitlichen Deutschlands.



Die Sprecher auf der Kundgebung des antifaschistisch-demokratischen Blocks zum Potsdamer Abkommen am 12. August 1945 (von links nach rechts): Otto Grotewohl, Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD; Andreas Hermes, Vorsitzender der CDU; Wilhelm Pieck, Vorsitzender der KPD; Dr. Arthur Werner, Oberbürgermeister von Groß-Berlin, parteilos; Waldemar Koch, Vorsitzender der LDPD

Der Vorsitzende des ZK der KPD, Wilhelm Pieck, und der Vorsitzende des Zentralausschusses der SPD, Otto Grotewohl, am Beginn der Kundgebung zum Potsdamer Abkommen am 12. August 1945

Bericht über eine Radioansprache
Präsident Trumans an die amerikani-
sche Nation zu den Ergebnissen
der Potsdamer Konferenz am
9. August 1945

Präsident Truman hielt eine Radioansprache an die amerikanische Nation, in der er laut Exchange die Ergebnisse der Konferenz von Potsdam darlegte und die furchtbaren Folgen der Ablehnung des alliierten Ultimatums durch Japan schilderte. Er betonte, daß die Vereinigten Staaten sich auch weiterhin tatkräftig davor zu schützen suchen würden, ein ähnliches Schicksal zu erleiden, und zwar einmal durch die Aufrechterhaltung aller militärischen Stützpunkte, die zum Schutz der amerikanischen Interessen und des Weltfriedens notwendig seien, durch Erwerb derjenigen Basen, die noch nicht im Besitz der Vereinigten Staaten seien, durch Abkommen, die mit der Satzung der Vereinten Nationen zu vereinbaren seien, sowie durch unbedingte Wahrung der Einigkeit unter den großen Verbündeten, eine Einigkeit, die in San Franzisko und Potsdam ihre Früchte gezeitigt habe und die weit mehr als der Ausdruck der Freundschaft von drei Menschen sei, da sie auf der grundsätzlichen Übereinstimmung über die Ziele beruhe. Präsident Truman stellte ferner laut Reuter fest, daß sich die Sowjetunion, schon bevor sie über die Atombombe unterrichtet wurde, bereit erklärte, am Krieg im Pazifik teilzunehmen. Zum deutschen Problem bemerkte Truman, daß es Aufgabe des Rates der Außenminister sein werde, die Vorarbeiten für einen endgültigen Friedensvertrag mit Deutschland zu leisten. Ein solcher Friedensvertrag könne aber erst verwirklicht werden, wenn Deutschland eine Regierung habe, die ihn unterzeichnen könne. Inzwischen habe die Potsdamer Konferenz festgestellt, wie Deutschland von den Besatzungsmächten regiert werden soll . . .

Churchill in seinen Memoiren über
die Potsdamer Konferenz

Diese letzte Konferenz der „Drei“ endete mit einer großen Enttäuschung. Von den in den verschiedenen Sitzungen aufgeworfenen zahlreichen Fragen blieben die meisten ungelöst. Ich habe gar nicht versucht, das alles zu beschreiben, und mich damit begnügt, die Geschichte von der Atombombe und im großen Umriß das entsetzliche Problem der deutsch-polnischen Grenze, soweit ich es damals überblicken konnte, darzustellen. Die gleichen Dinge beschäftigen uns auch heute noch . . .
Ich übernehme für die in Potsdam gefaßten Beschlüsse keine Verantwortung über das hinaus, was hier geschildert ist. Ich ließ ganz einfach die Differenzen, die weder von uns am runden Tisch noch von unseren Außenministern in deren täglichen Sitzungen bereinigt werden konnten, anstehen. Infolgedessen hatte sich in den Schubladen ein beträchtlicher Haufen von Akten angesammelt, über die kein Einvernehmen zu erzielen gewesen war. Es war jedoch meine Absicht, nach dem – wie man allgemein erwartete – für mich günstigen Wahlausgang diesen Stapel unerledigter Dinge hart auf hart mit der Sowjetregierung durchzuführen.

Der britische Premierminister
Clement Attlee in einer Rede vor
dem Unterhaus über die Ergeb-
nisse der Potsdamer Konferenz am
16. August 1945

Wir behandelten dort hauptsächlich die unmittelbaren Probleme, die aus der Niederlage Deutschlands entstanden waren. In vielen Dingen erreichten wir eine Übereinstimmung. Andere werden beraten, und ich hoffe, daß sie bei den Zusammenkünften der Außenminister gelöst werden, doch gibt es eine Anzahl anderer, die bis zur Regelung auf der Friedenskonferenz übrigbleiben müssen. Wir müssen uns vor Augen halten, daß es in vielen Ländern Europas, die von Nazi-Deutschland überrannt worden sind, sowie in Satellitenländern noch sehr schwierige politische Probleme zu regeln gilt. Es gibt heute viele Regierungen in Europa, die auf keiner sicheren Grundlage der Volkswahl beruhen. Es ist wirklich optimistisch, wenn man erwartet, daß das politische Leben sich in diesen Ländern leicht, schnell und glatt regelt. In vielen von ihnen war das politische Leben nie leicht und glatt, nicht einmal in den besten Friedenszeiten. Unsere Absicht ist es, überall zu helfen, sicherzustellen, daß der Wille des Volkes überall vorherrscht. Wir erwarten hoffnungsvoll das Sichtbarwerden demokratischer Regierungen, auf freien Wahlen beruhend, damit sie teilnehmen können am Aufbau des zerrütteten Systems der europäischen Politik. Wir bemühen uns bei dieser Aufgabe, alles in unserer Macht Stehende zu leisten, in Zusammenarbeit mit unseren Alliierten, besonders mit unseren großen Verbündeten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland . . .

schiedenheiten und das harte Ringen auf der Konferenz im Potsdamer Abkommen nieder. Das waren neuralgische Punkte dieses Abkommens. So konnte die vorgesehene Reparationsregelung in einen Widerspruch zu dem Prinzip geraten, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Ein weiteres Problem erwuchs aus der Tatsache, daß die französische Regierung nicht zur Teilnahme an der Potsdamer Konferenz aufgefordert worden war, obwohl Frankreich als Besatzungsmacht in Deutschland wirkte. Die französische Regierung stimmte in Noten vom 7. August 1945 den Zielen und den meisten Festlegungen des Potsdamer Abkommens zu, sie trat diesem jedoch nicht bei, erhob Vorbehalte gegen die Bildung deutscher Zentralverwaltungen und sprach sich eindeutig gegen die Bildung eines zentralen deutschen Staates aus – zumindest bevor die Frage der deutschen Westgrenze nicht geklärt sei (dabei ging es Frankreich um Ruhrgebiet und Rheinland). Während der Potsdamer Konferenz nahm am 30. Juli 1945 der Alliierte Kontrollrat für Deutschland seine Arbeit auf, wenig später der Internationale Militärgerichtshof. Die Viermächteverwaltung Deutschlands und damit die enge Zusammenarbeit von Mächten unterschiedlicher sozialer und politischer Systeme in Friedenszeiten wurden damit zur Realität – und die Arbeit des Alliierten Kontrollrates in seiner ersten Phase und die des Militärgerichtshofes brachten durchaus positive Ergebnisse in Übereinstimmung mit den Potsdamer Prinzipien und anderen Vereinbarungen. Das bewies den Realitätsgehalt und die Lebenskraft des Potsdamer Abkommens. Es bildete eine geeignete Grundlage und ein handhabbares Instrument insbesondere für eine Viermächteverwaltung Deutschlands und eine Verständigungsregelung der deutschen Frage. Nicht im Potsdamer Abkommen selbst lagen die Ursachen und Wurzeln für

Schreiben des Außenministers der Provisorischen Regierung der Französischen Republik, Georges Bidault, an die Botschafter der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion bezüglich der französischen Teilnahme am Außenministerrat, 7. August 1945

... Jedoch legt die französische Regierung Wert darauf, hinsichtlich des in Ihrer Mitteilung wiedergegebenen Textes betreffend „die Bildung eines Rates der Außenminister“ folgende wichtige Vorbehalte zu machen. Frankreich ist selbstverständlich an jeder wichtigen Frage, die Europa oder irgendein Gebiet Europas betrifft, interessiert. Dies gilt insbesondere für die Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland betreffenden Regelungen. Die französische Regierung muß allerdings bemerken, daß ihr die im Texte des zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion abgeschlossenen Übereinkommens vorgesehenen Bestimmungen, welche die Ausarbeitung der Friedensverträge mit Rumänien, Ungarn und Finnland betreffen, nicht mit der in Jalta abgegebenen Erklärung über das befreite Europa in Einklang zu stehen scheinen. Die in dieser Erklärung vorgesehenen Verfahren, denen sich anzuschließen Frankreich aufgefordert worden ist, erstrecken sich tatsächlich nicht nur auf die von der Naziherrschaft befreiten Länder, sondern auch auf die früheren Satellitenländer der Achse . . .

Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, in einem Interview am 11. Juni 1953

... Bismarck hat von seinem Alpdruck der Koalition gegen Deutschland gesprochen. Ich habe auch meinen Alpdruck: Er heißt Potsdam.

Der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung Frankreichs, General Charles de Gaulle, über die Potsdamer Konferenz

Wenn unsere Verbündeten von gestern wiederum – übrigens das letzte Mal – ohne uns zusammentrafen, so konnte dieses Vorgehen bei uns nur neuen Ärger hervorrufen. Aber im Grunde hielten wir es für besser, nicht an Diskussionen beteiligt zu sein, die hinfort nur überflüssig sein würden. Denn es waren vollendete Tatsachen geschaffen worden . . .

seine Nichtverwirklichung seitens der Westmächte und für das spätere Auseinanderbrechen der alliierten Viermächteverwaltung. Vielmehr waren es die ausgesprochenen oder unausgesprochenen imperialistischen Ziele und Bestrebungen der herrschenden Kreise der Westmächte hinsichtlich der Gestaltung der Nachkriegswelt, die im Konferenzverlauf transparent geworden waren und ihn mitgeprägt hatten, die auch ihre Einstellung zu den Ergebnissen von „Terminal“ und ihrer Verwirklichung letztendlich bestimmten. Im Unterschied zum Potsdamer Abkommen war die Potsdamer Konferenz mit ihren harten Auseinandersetzungen tatsächlich mehr das, was das Codewort „Terminal“ zum Ausdruck brachte: Endstation. Truman und Byrnes, in ihrem Schlepptau Attlee und Bevin, verließen Potsdam mit dem Willen und der Hoffnung, im Rat der Außenminister mit der Sowjetunion in einer anderen Sprache zu sprechen, als das in Potsdam möglich war. Byrnes spekulierte bereits auf der Heimreise auf der „Augusta“ ungeniert darauf, daß nach dem Abwurf von Atombomben auf Japan mit einer Atombombendiplomatie entscheidende Erfolge erzielt werden könnten. Auch ein Begriff

Schreiben des Außenministers der Provisorischen Regierung der Französischen Republik, Georges Bidault, an die Botschafter der Vereinigten Staaten, des Vereinig-

ten Königreichs und der Sowjetunion hinsichtlich der politischen Grundsätze für Deutschland im Potsdamer Abkommen, 7. August 1945

Herr Botschafter, ' Mit dem Schreiben Nr. 669 vom 31. Juli haben Sie mir im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten und im Einvernehmen mit den Regierungen des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion den Text eines zwischen diesen Regierungen getroffenen Übereinkommens über die „Politischen Grundsätze, welche die Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle leiten sollten“, mitgeteilt. In Anbetracht der vitalen Bedeutung, die das deutsche Problem in seiner Gesamtheit für Frankreich hat, bedauert die französische Regierung, daß ein die wichtigsten Seiten dieses Problems betreffender Text ohne ihre Mitwirkung zwischen dreien ihrer Hauptverbündeten aufgestellt worden ist, zumal sie selbst Vertragspartner der Abkommen ist, welche die Europäische Konsultativkommission ausgearbeitet hat und die gegenwärtig hinsichtlich der Besetzung und Kontrolle Deutschlands in Kraft sind. Vorbehaltlich einer genaueren Prüfung möchte sie schon jetzt zu der ihr übermittelten Aufforderung eine Reihe von Bemerkungen machen.

Sie erkennt die Notwendigkeit einer gewissen Einheitlichkeit der Behandlung für die Bevölkerung des gesamten Deutschland an. Sie kann die wesentlichen Ziele der Besetzung, wie sie in Aussicht genommen sind, nur billigen, nämlich: die vollständige und endgültige Entwaffnung Deutschlands, die radikale Ausrottung des Militarismus, die Abschaffung jeder Rüstungsindustrie, die Zerstörung des deutschen Kriegspotentials, die Beseitigung des Nazismus, aller Nazigesetze, -organisationen und -institutionen, die Ergreifung aller geeigneten Maßnahmen, um das Wiederaufleben des Militarismus und des Nazismus zu verhindern, die schnelle Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Kontrolle des öffentlichen Unterrichtswesens, die Reorganisation des Justizapparats, die Dezentralisierung der Verwaltung, die Umbildung des Verwaltungsapparats, beginnend bei den selbstverwaltenden Gemeinden, auf der Grundlage des repräsentativen Wahlsystems, die Unmöglichkeit, gegenwärtig eine deutsche Zentralregierung wiederherzustellen.

Die französische Regierung erachtet es ebenfalls als unerlässlich, bereits jetzt die geeigneten Mittel in Aussicht zu nehmen, um das Aufkommen und die Entwicklung der demokratischen Ideen in Deutschland zu fördern, im Hinblick auf einen zukünftigen Wiedereintritt der deutschen Bevölkerung in die Gemeinschaft der friedliebenden und demokratischen Völker.

Andere der aufgestellten Grundsätze erfordern hingegen Vorbehalte seitens der französischen Regierung.

Manche der empfohlenen Maßnahmen scheinen eine zukünftige politische Entwicklung Deutschlands zu präjudizieren, von der sich im gegenwärtigen Augenblick noch unmöglich erkennen läßt, ob sie den Interessen des europäischen Friedens und den Wünschen der jeweils interessierten Bevölkerung entspricht.

Die französische Regierung denkt dabei insbesondere an die Wiederherstellung der politischen Parteien für ganz Deutschland, die Schaffung zentraler Verwaltungsstellen, die von Staatssekretären geleitet würden, deren Amtsbereich sich, wie es scheint, auf die Gesamtheit des deutschen Territoriums erstrecken würde, das jedoch noch gar nicht abgegrenzt ist.

Die französische Regierung ist ihrerseits der Ansicht, daß es vorzuziehen wäre, vor der Formulierung von Bedingungen dieser Art den Erfahrungen Rechnung zu tragen, welche die vier Besatzungsmächte zweifellos während der Anfangsphase der Kontrolle sammeln werden.

Über alle diese Punkte ist die französische Regierung bereit, einen Meinungs austausch mit den Mächten vorzunehmen, die mit ihr die Verantwortung für die Besetzung und die Kontrolle Deutschlands teilen.

für den „harten Kurs“ gegenüber der Sowjetunion wurde bereits gefunden: „No-Appeasement“.

Mit dem Übergang zum kalten Krieg im Frühjahr 1947 spalteten die Westmächte Deutschland und nahmen gemeinsam mit den restaurativen Kräften der deutschen Bourgeoisie und antikommunistischen SPD-Führern Kurs auf einen westdeutschen Staat, in dem – unter Bruch des Potsdamer Abkommens – die gesellschaftlichen Grundlagen des deutschen Faschismus und Militarismus wie Monopole und Großgrundbesitz erhalten, die ökonomische, politische und schließlich militärische Macht des deutschen Imperialismus wiederhergestellt wurden. Nazi- und Kriegsverbrecher blieben in hohem Maße ungeschoren. Die Bestrebungen des Imperialismus, den Sozialismus „zurückzurollen“ und das imperialistische Deutschland zumindest in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen, bedrohten erneut den Frieden im Herzen Europas. Demgegenüber stellte sich die sowjetische Regierung voll hinter das Potsdamer Abkommen, das sie gemäß seiner Bedeutung hoch einschätzte. Sie verwirklichte es in ihrer Besatzungszone Deutschlands vertragsgetreu. Das erwies sich als eine entscheidende Bedingung dafür, daß es den antifaschistisch-demokratischen Kräften im Osten Deutschlands unter Hegemonie der Arbeiterklasse gelang, mit tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Veränderungen eine geschichtliche Wende einzuleiten. Mit der Gründung der DDR entstand der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und in Erfüllung seiner Beschlüsse, als ein Staat des Friedens und der Völkerverständigung.

Das jüngste Mitglied der Provisorischen Volkskammer, Margot Feist, gratuliert Wilhelm Pieck zu seiner Wahl als Staatspräsident der DDR.

Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zum 25. Jahrestag des Potsdamer Abkommens am 31. Juli 1970 (Auszug)

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde die mit dem Potsdamer Abkommen gegebene historische Chance genutzt, neue gesellschaftliche Verhältnisse auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu schaffen. Gestützt auf die von den antifaschistisch-demokratischen Kräften vollzogene Umwälzung, wurde in der Deutschen Demokratischen Republik eine solche Staats- und Gesellschaftsordnung geschaffen, die ausschließt, daß von ihrem Territorium eine Bedrohung für die Nachbarvölker und den Frieden in der Welt ausgehen kann.

25 Jahre nach dem Abschluß des Potsdamer Abkommens kann die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit vollem Recht feststellen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik Nazismus und Militarismus mit der Wurzel ausgerottet sind. An die Stelle der Macht des deutschen Imperialismus trat die Macht des werktätigen Volkes. In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es keine Klassen oder Schich-

ten, die an einem Krieg interessiert sein könnten. Faschistische Ideologie, Kriegshetze und Hetze gegen andere Völker sind verfassungsrechtlich verboten. Mit der imperialistischen Expansionspolitik, die Europa im Verlauf eines halben Jahrhunderts zweimal in verheerende Kriege gestürzt hat, wurde für immer gebrochen. An ihre Stelle trat eine Politik des Friedens und der europäischen Sicherheit, der Verständigung und der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern. Mit der Deutschen Demokratischen Republik entstand erstmals in der Geschichte ein deutscher Staat, der den Status quo in Europa, insbesondere die Unantastbarkeit aller europäischen Grenzen, anerkennt und keinerlei territoriale oder sonstige revanchistische Forderungen gegenüber anderen europäischen Staaten und Völkern erhebt. Existenz und Politik der Deutschen Demokratischen Republik gründen sich auf die Prinzipien des Potsdamer Abkommens . . .





Prof. Dr. phil. habil. Rolf Badstübner, geboren 1928, studierte Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin. Er leitet den Wissenschaftsbereich Geschichte der DDR am Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR und ist Autor bzw. Mitautor zahlreicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen. Hervorgehoben seien: *Restauration in Westdeutschland 1945–1949*, Berlin 1965; *Die Spaltung Deutschlands 1945–1949*, Berlin 1966; *Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955*, 2. Aufl., Köln 1979 (beide zusammen mit S. Thomas); *Restauration und Fortschrittsverteufelung. Das entspannungsfeindliche bürgerliche Nachkriegsgeschichtsbild in der BRD*, Berlin 1978 (Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Nr. 87); *Das Potsdamer Abkommen*, hrsg. von der Historischen Gedenkstätte Cecilienhof, 9. Aufl. 1983 (zusammen mit E. Badstübner-Peters) sowie das unter seiner Leitung erarbeitete Hochschul-lehrbuch der Geschichte der DDR, Berlin 1981.

Herausgeber: Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR
Redaktionskollegium: Dr. Wolfgang Büttner (verantwortlicher Redakteur), Dr. Klaus Scheel (Stellvertreter), Dr. Evemarie Badstübner-Peters, Dr. Gerhard Höpp, Dr. Peter Hübner
Verlagslektor: Klaus Grüneberg
Gesamtgestaltung: Peter Schulz

© 1985 VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften
DDR-1080 Berlin, Postfach 1216
Lizenz-Nr. 206 · 435/31/85
P 12/8/84
Printed in the German Democratic Republic
Druckerei: Druckhaus Karl-Marx-Stadt
III-6-15 435/31/85 305/84
LSV 0239
Bestellnummer: 571 366 1
00350

Illustrationen:
Historische Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens, Cecilienhof; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin; ADN-Zentralbild, Berlin; Dietz Verlag, Berlin; VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin; Holger Jahn, Berlin.